

DOCUMENTS

Ursula Ratz

BRIEFE ZUM ERSCHEINEN VON KARL KAUTSKYS „WEG ZUR MACHT“

Im Januar 1909 erschienen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts die ersten Exemplare von Karl Kautskys Schrift „Der Weg zur Macht“.¹ Kurz darauf verbot der Parteivorstand den weiteren Druck und die Verbreitung der Broschüre. Dieser Einspruch gab die Initialzündung für eine der Form wie der Sache nach äußerst scharfe Auseinandersetzung zwischen dem Verfasser und dem Vorstand, in die sich auch die von Kautsky zur Vermittlung angerufene Kontrollkommission und zahlreiche führende Vertreter der Parteispitze einschalteten. Da sich der Streit um die Broschüre unter Ausschluß der Parteiöffentlichkeit abspielte, ist der Ablauf der Kontroverse weitgehend im Dunkeln geblieben. Durch die Veröffentlichung des Adler-Briefwechsels sind erstmals Einzelheiten über diese Vorgänge bekannt geworden.²

Der nachfolgend veröffentlichte Briefwechsel Kautskys mit Hugo Haase und Clara Zetkin soll ein genaueres Bild vom Verlauf des damaligen Ringens um die Herausgabe der Kautskyschen Schrift geben. Er ist von hohem biographischen Interesse und bietet außerdem einen guten Einblick in die innerparteilichen Verhältnisse der SPD im letzten Jahrfünft vor Ausbruch des Weltkrieges. Um den Charakter des in der Korrespondenz behandelten Streitobjekts zu verdeutlichen, seien stichwortartig einige Bemerkungen über Anlaß und Inhalt der Schrift vorweggegeben.

„Der Weg zur Macht“ stellt eine Erweiterung einer von Kautsky in der *Neuen Zeit* publizierten Artikelserie dar, in der dieser gegen die von Max Maurenbrecher propagierte These vom „friedlichen Hineinwachsen“ in den Sozialismus polemisierte.³ Maurenbrecher, der revolutionäre Umwälzungen in Deutschland für die nahe Zukunft ausschloß, hatte sich in der *Neuen Zeit* für eine Politik des Entgegenkommens an

¹ K. Kautsky, *Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution*, Berlin 1909, 104 S.

² V. Adler, *Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky*. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S. 494 ff.

³ K. Kautsky, *Reform und Revolution*, in: *NZ*, 27,1 (1908-09), S. 180-191, 220-232, 252-259.

die bestehende Ordnung unter Ausnutzung aller parlamentarischen Mittel ausgesprochen. Auch einer eventuellen sozialdemokratischen Zustimmung zum Budget stand er nicht ablehnend gegenüber.¹

Kautsky hat diese Gedanken energisch bekämpft. Im Gegensatz zu Maurenbrecher und einem Teil des revisionistischen Flügels glaubte er mit der Revolution „als einer realen Möglichkeit für absehbare Zeit“ rechnen zu können.² Die innenpolitische Lage der Bülow-Blockperiode mit den Kämpfen um das „persönliche Regiment“ und die spürbare „Desillusionierung“ bei den bürgerlichen Parteien veranlaßten Kautsky zu der Prognose, daß die Revolution in greifbare Nähe gerückt sei.³ Seiner Ansicht nach waren die ökonomischen und politischen Vorbedingungen für erhebliche Machtverschiebungen und das Vordringen des revolutionären Elements in hohem Maße gegeben. Die industrielle Entwicklung, die einerseits zu einer erheblichen Vermehrung der städtischen auf Kosten der ländlichen Bevölkerung, andererseits zur Konzentration der Betriebe und zur Vernichtung der wirtschaftlich selbständigen Existenzen geführt habe, beschleunige diesen Revolutionsprozeß.⁴

Kautsky verwies in diesem Zusammenhang auf die im Bereich des „Arbeiterschutzes und ebenso jeglicher anderen Sozialreform“ herrschende „völlige Stagnation“ und konstatierte das stetige Absinken des Reallohnes.⁵ Selbst nach dem Abflauen der herrschenden ökonomischen Krise und dem Wiedereintritt in die Prosperität würde, so meinte er, den Gewerkschaften eine Wiederholung der früheren glänzenden Erfolge versagt bleiben. Die Verlagerung des Kampfes von der wirtschaftlichen auf die politische Ebene bedeute sogar, daß die gewerkschaftlichen Methoden immer mehr hinter die politischen zurückgedrängt würden.⁶

¹ M. Maurenbrecher, Offener Brief an den Genossen Kautsky, ebenda, S. 148-153; ferner ders., Wo stehen wir? ebenda, S. 394-400.

² K. Kautsky, Der Weg zur Macht, S. 13.

³ Kautsky schrieb zu einem Zeitpunkt, als die Öffentlichkeit unter dem Eindruck der Daily-Telegraph-Affaire und den Enthüllungen der Presse über die kaiserliche Kamarilla (Harden-Eulenburg-Prozeß) stand, vgl. J. Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, Frankfurt/M. 1930, Bd. 3, S. 190 ff.

⁴ Vgl. vor allem K. Kautsky, Der Weg zur Macht, Kap. 6, S. 54 ff.

⁵ Ebenda, S. 69, 78.

⁶ Ebenda, S. 76, 79. Die Gewerkschaften schlossen aus Kautskys Äußerungen, daß er einmal die Gewerkschaften der Partei unterordnen, zum anderen die Erfolglosigkeit der gewerkschaftlichen Tätigkeit überhaupt nachweisen wolle. Aus Anlaß der Broschüre entflammte zwischen Kautsky und den Gewerkschaften ein heftiger literarischer Kampf, vgl. dazu insbesondere Sisypusarbeit oder positive Erfolge?, in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 9. Jg. (1909), S. 501-505, 517-519, 529-532, 545-548,

Die Aussichten für eine baldige Verwirklichung der sozialen Revolution sah Kautsky durch drei Faktoren unterstützt:

- 1) Zunehmendes Wettrüsten als Folge des Imperialismus und der Kolonialpolitik vermehre die internationalen Reibungsfächen und verstärke die Kriegsgefahr und damit die Aussichten des Proletariats auf die Eroberung der politischen Macht.
- 2) Nationale Revolutionen im Osten im Vollzuge des Modernisierungsprozesses müßten das politische Gleichgewicht des europäischen Westens ins Wanken bringen.
- 3) Der moralische Verfall der herrschenden Klassen sei unaufhaltbar.¹

Gerade von letzterem Faktor versprach sich Kautsky eminent revolutionäre Rückwirkungen. Je mehr der moralische Niedergang der Regierenden offenbar werde, desto näher würden weite Schichten der Bevölkerung, vor allem das Kleinbürgertum, an die Sozialdemokratie herangeführt. Wenn aber eine „große Partei unversöhnlicher Opposition“ wie die SPD das Vertrauen der Masse der Bevölkerung besitze, dann sei die wichtigste Voraussetzung für den revolutionären Umschlag erfüllt.²

Die politische Parole, die Kautsky angesichts der von ihm als zunehmend revolutionär charakterisierten Situation für die Sozialdemokratie ausgab, lautete: „Je unerschütterlicher, konsequenter, unversöhnlicher die Sozialdemokratie bleibt, um so eher wird sie ihre Gegner meistern. Es heißt der Sozialdemokratie politischen Selbstmord zumuten, wenn man von ihr gerade jetzt die Teilnahme an einer Koalitions-, einer Blockpolitik verlangt, wo das Wort von der ‚reaktionären Masse‘ zur Wahrheit geworden ist. Es heißt, von der Sozialdemokratie moralischen Selbstmord verlangen, wenn man will, sie solle sich durch eine Blockpolitik mit bürgerlichen Parteien verbinden, eben jetzt, wo diese sich prostituiert und aufs tiefste kompromittiert haben.“³

Damit erteilte Kautsky jedem Ministerialismus und dem Gedanken einer sozialdemokratischen Teilnahme an der politischen Macht eine

561-564, 577-580, 617-624. Ferner K. Kautsky, *Noble Kampfweise*, in: NZ, 28,1 (1909-10), S. 92f.; ders., *In eigener Sache*, ebenda, S. 796f.; K. Kautsky, *Die Verschärfung der Klassengegensätze und die Gewerkschaften*, in: Vorwärts, No 213 (12.9.1909), 1. Beilage. Vgl. auch Kautskys Vorrede zur zweiten Auflage vom Juli 1910, S. 12 ff.

¹ K. Kautsky, *Der Weg zur Macht*, S. 89ff.

² Ebenda, bes. S. 61f. Als weitere Bedingungen, unter denen der Sturz eines „volksfeindlichen Regimes“ zu erwarten sei, nannte Kautsky: Das Regime müsse der Masse des Volkes „entschieden feindselig“ gegenüberstehen; das Vertrauen in die Kraft und Stabilität des herrschenden Systems müsse bei seinen eigenen „Werkzeugen“, bei Bürokratie und Armee, erschüttert sein, ebenda, S. 55.

³ Ebenda, S. 103; vgl. auch K. Kautsky, *Der Aufstand in Baden*, in: NZ, 28,2 (1910), S. 612ff.

glatte Absage. Wenn er im gleichen Zusammenhang den Kampf um die Verbesserung des Reichstagswahlrechts, die Eroberung des gleichen Wahlrechts in den Landtagen und die Durchsetzung eines wirklich parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland als die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie bezeichnete,¹ so bedeutete dies andererseits, daß sich die Partei politisch innerhalb des gegebenen legal-parlamentarischen Rahmens zu bewegen habe. Vom Massenstreik sprach Kautsky als von einem Mittel, das „unter allen Umständen anwenden zu wollen“, tönlich sei.² Kautsky hat demnach in seinem „Weg“ zwar deutlicher als in seinen übrigen Schriften die Revolution als unvermeidliches, unmittelbar bevorstehendes Ereignis charakterisiert und von der Sozialdemokratie die unveränderte Beibehaltung der revolutionären Attitüde verlangt, aber dennoch der Partei eine politisch passive Rolle zugewiesen. Man hat deshalb nicht zu Unrecht behauptet, Kautsky habe in seiner Analyse die revolutionäre Emphase mit der praktischen Negation der Revolution verbunden.³

Für das Verbot der Kautskyschen Broschüre führten die in der Parteileitung Maßgeblichen vorrangig juristische Gründe an.⁴ Die literarische Fassung verschiedener Gedanken der Schrift könne, so meinte man, die Justiz zum Eingreifen zwingen und damit letztlich die stets als gefährdet erachtete Legalität der Partei bedrohen. Angesichts der hauptsächlich juristischen Bedenken gegen das Erscheinen des „Wegs“ verwundert es nicht, daß Kautsky den Juristen Hugo Haase, den er persönlich sehr schätzte, als Anwalt in dieser Sache hinzuzog. In Clara Zetkin, der agilen Repräsentantin der Partei-Kontrollkommission und Intima der Familie Kautsky, fand er eine Verteidigerin nach der politischen Seite hin.

Da die hier veröffentlichte Korrespondenz kein abschließendes Wort

¹ K. Kautsky, *Der Weg zur Macht*, S. 81ff.

² Ebenda, S. 102.

³ So J. P. Nettl, *Rosa Luxemburg*, I, London 1966, S. 408. Die Frage, ob der „Weg“ nur ein literarischer Neuaufguß früherer Gedanken Kautskys darstellt, oder ob sich hier der Beginn einer neuen Entwicklungsphase in Kautskys theoretischem Schaffen ankündigt, kann hier nicht erörtert werden. Anregend in dieser Hinsicht der Aufsatz von G. Irrlitz, *Bemerkungen über die Einheit politischer und theoretischer Wesenszüge des Zentrismus in der deutschen Sozialdemokratie*, in: *BzG*, 8. Jg. (1966), 1, bes. S. 52ff.

⁴ Vgl. dazu auch folgende Äußerung Bebels an Adler vom 6.3. 1909: „Ich bin in Bezug auf den Inhalt der Broschüre der Meinung: das kann man Alles denken u. auch im Kreis der Vertrauensleute aussprechen, aber es öffentlich zu sagen ist eine Eselei. [...] Wir haben sämtlich versichert, daß wir gegen die Tendenz der Schrift nicht das Geringste einzuwenden hätten, daß wir aber in der gegenwärtigen Situation keinen Hochverratsprozeß am allerwenigsten gegen ihn [Kautsky] wünschen könnten u. außerdem die Schrift eine unerschöpfliche Quelle zu Angriffen gegen die Partei sei.“ V. Adler, *Briefwechsel*, S. 495.

über den Ausgang der Differenzen enthält, sei noch auf das Resultat dieses zweimonatigen Ringens hingewiesen. Um den Preis einiger Textänderungen¹ und einer neuen Vorrede, in der Kautsky erklärte, für die Ausführungen, „soweit sie nicht auf unserem Programm und unseren Parteitagebeschlüssen basieren“, selbst verantwortlich zu sein,² wurde die Broschüre zum Druck im Parteiverlag Vorwärts freigegeben. Sie erschien Anfang April 1909 als „zweite, durchgesehene Auflage“. Da die ersten 5000 Exemplare der Schrift sehr schnell vergriffen waren,³ wurde im Mai desselben Jahres ein Nachdruck hergestellt.⁴ Bereits 1910 legte der Verlag eine neue Ausgabe vor,⁵ 1920 erschien die letzte Auflage der Broschüre.⁶

Auf den extenso-Abdruck von Bebelbriefen wurde verzichtet, da diese in dem demnächst erscheinenden, von Karl Kautsky jun. im Auftrage des IISG herausgegebenen Kautsky-Bebel-Briefwechsel veröffentlicht werden.

Grundsätzlich wurden die orthographischen und stilistischen Eigentümlichkeiten des Originaltextes mit allen Inkonsequenzen („Kontrolleure“ neben „Kontrolleure“) beibehalten. Auch die Interpunktion wurde nicht verändert. Kursivdruck im Text deutet Unterstreichungen an; doppelte Unterstreichungen werden durch Kursivdruck und Sperrung wiedergegeben.

¹ Vgl. dazu die Briefe No 2 und 9.

² K. Kautsky, *Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution*. Zweite, durchgesehene Auflage, Berlin 1909, S. 6.

³ Die Buchhandlung Vorwärts schrieb am 17.4.1909 an Kautsky: „Von der Broschüre ‚Der Weg zur Macht‘ haben wir vorläufig 5000 Exemplare herstellen lassen, die voraussichtlich in den nächsten Tagen verkauft sein werden. Wir müssen also baldigst einen Nachdruck vornehmen und bitten Sie, für diesen Zweck noch etwa notwendige Korrekturen vorzunehmen.“

⁴ K. Kautsky, *Der improvisierte Bruch*, in: *NZ*, 30,2 (1912), S. 513, gibt Mai als Erscheinungstermin seiner Broschüre an.

⁵ K. Kautsky, *Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution*. Zweite, durchgesehene Auflage, Berlin 1910, 112 S.

⁶ K. Kautsky, *Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution*. Dritte Auflage, Berlin 1920, 112 S.

1. KARL KAUTSKY AN HUGO HAASE

Berlin-Friedenau, 14.2.1909

Lieber Freund Haase!

Ich danke Ihnen von Herzen für die große Mühe, die Sie sich gegeben haben und die ich doppelt hoch anschlagen muß, angesichts der großen Arbeitslast, die auf Ihnen ruht. Ich wünsche nur, daß der Mühe ein Resultat entspricht.

Ihr erster Brief erschien mir so schlagend und überzeugend, daß ich nichts besseres zu tun wußte, als ihn an Bebel zu senden. Ich erwartete, damit sei die Sache entschieden. Leider habe ich mich getäuscht. Bebel schreibt mir eben, er begreife Sie nicht. Sein Standpunkt werde geteilt von – Frank!¹

Ihren heutigen Brief werde ich Bebel nicht mehr zeigen. Es ist zwecklos, da er und der ganze Vorstand sich einmal in die Idee hineingeböhrt haben. Und dann enthält dieser Brief einige Bemerkungen über den Vorstand, die zwar und leider sehr treffend sind, von denen ich aber annehme, daß sie nur für mich bestimmt sind.

Aber auch so bildet der Brief für mich eine sichere Basis für meine Verhandlungen mit dem Vorstand. Die einzelnen Aenderungen, zu denen ich mich herbeilassen will, ändern an dem Wesen meiner Schrift nicht das mindeste. Hätte der Vorstand die Sache in der Korrektur gelesen, so hätte ich ohne weiteres seine Wünsche erfüllt, denn in allen nichtprinzipiellen Dingen bemühe ich mich stets, conciliant zu sein. Mich ärgern blos die Aenderungen an der *fertigen* und schon *verbreiteten* Broschüre wegen der Kosten, des Zeitverlustes und der Verschlechterung meiner Position, wenn zufällig ein Gegner die Aenderungen merkt und mir als Äußerungen meines schlechten Gewissens vorhält.

Am meisten aber bedrückt mich bei der ganzen Affaire die Schwächlichkeit Augusts [Bebels], die ja wohl aus seinem Körperzustand zu erklären ist. Hat er mir doch auch meinen Artikel über Cunows Buch im Vorw[ärts]² vorgehalten, weil zu revolutionär! Das Wort Revolution scheint ihm direkt physisches Unbehagen zu bereiten. In seinem Nach-

¹ Trotz starker Differenzen mit dem badischen Parteiführer Ludwig Frank hat Bebel dessen Urteil sehr geschätzt, vgl. Bebels Äußerungen über Frank auf dem Parteitag in Magdeburg, Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910, Berlin 1910, S. 244.

² Kautskys Besprechung von H. Cunows Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs während der Jahre 1789-94. Ein Beitrag zur Geschichte der französischen Klassen- und Parteikämpfe gegen Ende des 18. Jahrhunderts, Berlin 1908, erschien im Vorwärts No 32 (7.2.1909), 2. Beilage, unter dem Titel Ein neues Buch über die französische Revolution.

ruf an N[atatie] Liebknecht¹ schreibt er von den „Bewegungsjahren“ statt Revolutionsjahren.

Die Situation ist heute die, daß die mächtigste sozialdemokratische Partei der Welt den subalternsten Vorstand der Welt hat. August hat alle Spannkraft verloren, und er war in den letzten Jahren der einzige Politiker mit großem Blick unter ihnen. Singer hat gute Instinkte und wirkte vorzüglich mit Bebel, aber ohne diesen oder gar gegen ihn ist er nicht im Stande, die träge Masse in Gang zu bringen.

Wäre keine Möglichkeit vorhanden, Ihren Wirkungskreis nach Berlin zu verlegen? Ich weiß ja sehr wohl, daß das eine große finanzielle Einbuße für Sie bedeuten würde, aber im Zentrum der Bewegung tätig könnten Sie jetzt welthistorisches leisten. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie das auch empfinden würden. Sagen Sie mir selbst, wer sonst Bebel in der Führung der Partei ersetzen könnte.

Genug für heute. Sobald ich mit dem PV im Reinen bin, schreibe ich wieder. Nochmals herzlichsten Dank und beste Grüße von Haus zu Haus

Ihr K. Kautsky.

2. KARL KAUTSKY AN HUGO HAASE

Berlin-Friedenau, 19.2.1909

Lieber Freund Haase,

Sie werden sich wundern, daß ich noch nichts von mir hören ließ, aber die Sache ist die, daß ich noch nichts berichten kann. Der Vorstand ließ sich nicht überzeugen, forderte vielmehr mit allen gegen eine Stimme – der einzige Mann im Vorstand war Luise Zietz² – daß meine Broschüre eingestampft werde. Ich appellirte an die Kontrollkommission,³ von der die Angelegenheit heute Nachmittag entschieden wird. Ich wollte Ihnen dann sofort schreiben.

¹ A. Bebel, Natalie Liebknecht!, in: NZ, 27,1 (1909), S. 693-694. Wilhelm Liebknachts zweite Frau war Anfang 1909 gestorben.

² Dem auf dem Parteitag von 1908 gewählten Parteivorstand gehörte Luise Zietz als Beisitzerin an. Zur Wahl des Parteivorstandes – Bebel und Singer (Vorsitzende), Gerisch (Kassierer), Ebert, Molkenbuhr, Müller, Pfannkuch (Sekretäre) - s. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908, Berlin 1908, S. 460.

³ Nach dem Organisationsstatut der Partei war Kautsky berechtigt, sich an die Kontrollkommission „als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand“ zu wenden.

Wenn ich heute schon diese Zeilen an Sie richte, so deßwegen, weil Bebel mir Ihren Brief an ihn mitteilte, aus dem ich ersehe, daß er sich in seinem Brief an Sie auf drei unserer Rechtsanwälte berief. Diese Sache ist einfach ein Skandal. B[e]bel mußte mir bei der Verhandlung vor dem Vorstand gestehn, daß *keiner der drei Anwälte¹ die Broschüre gelesen hat*. Er zeigte jedem nur die zwei Stellen S. 55 u[nd] 62² und nach flüchtigem Überblicken erklärten sie, ja, das sei ja bedenklich.

Als ich den Vorstand wegen dieser „juristischen Sachverständigen“ höhnte, ließ er sie auch fallen.

Inzwischen habe ich auch Mehring gesprochen, er bestätigte mir auch, daß die Broschüre absolut ungefährlich sei. Die Verhandlungen vor dem Vorstand waren höchst deprimierend. Sie zeigten einen erschreckenden Tiefstand des politischen Denkens.

Unsere Partei ist im Begriff, ganz ins Hintertreffen zu geraten. Sie spielte schon in Stuttgart auf dem intern[at]ionalen Kongreß eine traurige Rolle, nicht zum wenigsten wegen Augusts Angstmeierei,³ und

¹ Einer der von Bebel konsultierten Rechtsanwälte war der Reichstagsabgeordnete Joseph Herzfeld, s. dazu den Brief No 9.

² In seinem Kapitel über „Das Wachstum der revolutionären Elemente“ zählt Kautsky auf S. 55 die Bedingungen für den Sturz eines „volksfeindlichen Regimes“ auf. Auf S. 62 des „Wegs“ schreibt Kautsky: „Ist eine revolutionäre Situation eingetreten, ist ein Regime so weit, daß es an seinen inneren Widersprüchen zusammenzubrechen droht, und gibt es in der Nation eine Klasse, die ein Interesse an einer Revolution, aber auch die Kraft zu ihr hat, dann bedarf es nur noch einer Partei, die das Vertrauen dieser Klasse besitzt, die dem wankenden Regime in unversöhnlicher Feindschaft gegenübersteht und die die gegebene Situation klar erkennt, um die Revolution zum Siege zu führen. Diese Partei ist seit langem die Sozialdemokratie. Auch die revolutionäre Klasse ist da und bildet seit einiger Zeit die Mehrheit der Nation. Dürfen wir erwarten, daß auch der moralische Zusammenbruch des herrschenden Regimes in absehbarer Zeit eintreten wird?“ – In der zweiten, vom Parteivorstand freigegebenen Auflage lautet diese Stelle: „Ist eine *derartige* Situation eingetreten, ist ein Regime so weit, daß es an seinen inneren Widersprüchen zusammenzubrechen droht, und gibt es in der Nation eine Klasse, die ein Interesse *daran*, aber auch die Kraft *dazu hat, zur politischen Herrschaft zu gelangen*, dann bedarf es nur noch einer Partei, die das Vertrauen dieser Klasse besitzt, die dem wankenden Regime in unversöhnlicher Feindschaft gegenübersteht und die die gegebene Situation klar erkennt, um *die aufstrebende Klasse* zum Siege zu führen. Diese Partei ist seit langem die Sozialdemokratie. Auch die revolutionäre Klasse ist da und bildet seit einiger Zeit die Mehrheit der Nation. *Ist auch mit dem moralischen Zusammenbruch des herrschenden Regimes zu rechnen?*“

³ Kautsky spielt hier auf die Militarismusdebatte des Stuttgarter Kongresses an. Dort hatte Bebel erklärt: „Wir bekämpfen also in Deutschland den bestehenden Militarismus zu Lande und zu Wasser in jeder möglichen Form und mit allen unseren Kräften. Darüber hinaus können wir uns aber zu Kampfmethoden nicht drängen lassen, die dem Parteileben und unter Umständen auch der Existenz der Partei verhängnisvoll werden könnten.“ Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907, S. 83. Eine Verpflichtung zum Massenstreik im Kriegsfall lehnte Bebel ab, ebenda, S. 100-101.

das wird sich verstärken. August war seit Jahren der einzige Kämpfer u[nd] Politiker im PV. Jetzt ist er todesmatt. Aber er will das nicht eingestehn, und da er immer noch an der Spitze marschiren will, sollen wir unsere Schritte so einrichten, daß er mitkann. Menschlich begreiflich, aber für unsere Partei sehr bedauerlich. Natürlich bin ich darob nicht verzweifelt. Andere sind es. Die Dinge arbeiten für uns. Aber was *wir* tun können, die Dinge zu benützen, geschieht nicht. Haben unsere Männer an der Spitze unseren Gang ehemals so weit beschleunigt, als Einzelne es vermögen, so hemmen sie ihn heute, so weit Einzelne es vermögen. –

Noch eins ehe ich schließe. Molkenbuhr erklärte, Sie seien in Prozessen stets zu optimistisch. Sie hätten ihm versichert, Karl Liebknecht¹ werde freigesprochen werden. Dem gegenüber behauptet Mehring, Sie hätten zu ihm schon in Stuttgart die Befürchtung geäußert, L[iebknecht] werde verurteilt. Ich nehme an, Mehrings Gedächtniß ist das bessere.

Ich schreibe den Brief heute, sehr hauptsächlich deßwegen, weil Sie bemerken, Sie würden Bebel nächstens ausführlich schreiben. Da ist es gut, wenn Sie wissen, wie es um die Sachverständigen steht.

Morgen mehr. In aller Eile u[nd] besten Grüßen

Ihr K. K[autsky].

3. KARL KAUTSKY AN HUGO HAASE

Berlin-Friedenau, 20.2.1909

Lieber Freund Haase,

Braun² wird Ihnen vielleicht schon mitgeteilt haben, wie die Sache ausgegangen ist. Die Kontrolleure haben meiner Beschwerde Folge gegeben. Allerdings waren sie nicht vollzählig. Bock [und] Timm³ fehlten. Mit dieser Entscheidung können indeß möglicherweise die eigentlichen Schwierigkeiten erst beginnen. Es ist meines Erinnerns der erste Fall (mindestens seit 30 Jahren), daß die Kontrollkommission den PV

¹ Wegen seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“, Berlin o.J., war Karl Liebknecht zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt worden. Zum Prozeß s. R. Calwer, Der Hochverratsprozeß Liebknechts, in: SM, 11,2 (1907), S. 954 ff.

² Der Königsberger Stadtverordnete und SPD-Funktionär Otto Braun – 1904 mitangeklagt im Königsberger Hochverratsprozeß – war Mitglied der Kontrollkommission.

³ Wilhelm Bock-Gotha, Vorsitzender des Schuhmacherverbandes, und Johannes Timm, Mitglied der bayrischen Landtagsfraktion, gehörten seit vielen Jahren der Kontrollkommission an.

desavouirt. Ist er nun gezwungen, sich zu fügen? Davon steht im Statut nichts. Eine Berufung an die höchste Instanz, den Parteitag, ist aber in diesem Fall ausgeschlossen. Wir können doch nicht öffentlich darüber diskutieren, ob ich Hochverrat begangen habe oder nicht. Selbstverständlich will ich den Parteivorstand nicht zwingen, meine Broschüre selbst herauszugeben. Ich bin bereit, sie aus dem Verlag Vorw[ärts] zurückzuziehen und einem anderen Verlag zu geben. Der Vorstand hat sicher nicht mehr das moralische Recht, mich daran zu hindern.

Mehring rät mir davon ab aus folgenden Gründen: Die Staatsanwaltschaft weiß, daß die Schrift beim „Vorwärts“ erscheinen sollte. Sie wird argwöhnisch, wenn sie sieht, daß der Verlag plötzlich ohne jeden ersichtlichen Grund wechselt. Spitzel können ihr zutragen, daß der Parteivorstand das Erscheinen im Parteiverlag hinderte. Das veranlaßt ihn, Anklage gegen mich zu erheben u[nd] den Vorstand unter Zeugeneid zu vernehmen und der muß dann gestehn, daß er Hochverrat in der Broschüre entdeckte. Das bedeutet juristische Verurteilung für mich und, was weit schlimmer, moralische Verurteilung entweder des Vorstands wegen Feigheit u[nd] Denunciation, oder des Autors wegen Leichtfertigkeit u[nd] Halsstarrigkeit. Ich glaube nur, dieser Gefahr zu entgehn, wenn ich die Broschüre im neuen Verlag mit einigen Aenderungen herausgebe. Dann kann der Vorstand mit gutem Gewissen dem Richter erklären, seine Bedenken richteten sich nur gegen die ursprüngliche Fassung, die mißverstanden werden konnte, nicht gegen die neue klarere Fassung.

Andererseits, wenn der Vorstand die Broschüre nicht im eigenen Verlag herausgeben will und ich auf das Erscheinen in einem fremden Verlag verzichte, dann muß ich auf das Erscheinen der Brochüre überhaupt verzichten. Das wäre nun nicht so schmerzlich. Viel neues enthält sie ja nicht, außer etwa dem Nachweis, warum unsere Erwartungen der Revolution, wenn sie auch trogen, doch nicht rein ins Blaue hinein gesagt wurden. Aber alles, was mir an der Broschüre wichtig ist, kann ich ein andermal sagen. Also meine Autoreneitelkeit kommt da nicht in Betracht, wohl aber eine andere Erwägung. Die Schrift ist tatsächlich schon im Buchhandel gewesen, eine Menge Leute wissen, daß sie heraußen war und in höchst auffallender Weise zurückgezogen wurde. Wenn nun die Schrift gar nicht erscheint, was werden sich die Leute denken? Und bin ich nicht stets in Gefahr, daß irgend ein Revisionist oder bürgerlicher Journalist eines Tages schreibt, ich habe eine Broschüre geschrieben, die so haarsträubendes Zeugs enthielt, daß der Vorstand mich zwang, auf sie zu verzichten? Was soll ich dann antworten? Soll ich erklären, daß ich die Broschüre aufrechterhalte und blos dem Zwang mich unterwarf? Oder soll ich schweigen? Und be-

stätige ich nicht alles, was da gegen mich geschwätzt wird, durch die bloße Tatsache, daß ich mich dazu verstand, eine schon gedruckte und im Buchhandel verbreitete Schrift zurückzuziehen? Aber der Zufall kann ja auch wollen, daß der Pfeil sich nicht gegen mich, sondern gegen den Vorstand richtet, daß man diesen der Unterdrückung der Meinungsfreiheit anklagt. Was will er dann sagen? Auch ihm sind die Hände gebunden. Auch er kann nichts sagen, was nicht hinterher ihn oder mich kompromittirt. Und daß er das letztere tut, traue ich ihm doch nicht zu.

Also der Geniestreich des Vorstands, dieses auffallende Verfahren anzuwenden, eine schon erschienene Broschüre zu unterdrücken, hat uns in eine Situation gebracht, die unangenehme Konsequenzen mit sich zu bringen droht, wie immer man sich drehn u[nd] wenden mag.

Das Gescheidteste wäre natürlich, der Vorstand täte, als wäre nichts vorgefallen u[nd] gäbe die Schrift frei. Dann wird das Gerede bald verstummen, und sollte irgend eine Anzapfung in der Öffentlichkeit kommen, kann man leicht irgend eine Rechtfertigung für die Verzögerung der Ausgabe finden. Da die Broschüre selbst dann vorliegt, können abenteuerliche Gerüchte über sie nicht mehr Boden fassen.

Verweigert das der Vorstand, dann halte ich das Erscheinen der Schrift etwa in Leipzig¹ immer noch für weniger kompromittirlich, als den gänzlichen Verzicht auf ihr Erscheinen. Die Neugier des Staatsanwalts muß dieser Verzicht aufs Äußerste erregen und die Berliner Polizei müßte noch weit dümmer sein, als sie ist, wenn es ihr nicht gelingen sollte, von den bereits verkauften Exemplaren eines in die Hände zu erhalten. Was man vermeiden wollte, würde dann durch meine gänzliche Zurückziehung^a der Schrift erst recht herbeigeführt. Es wäre damit der Beweis geliefert, daß ich selbst mir ihres strafbaren Inhalts bewußt war.

Verzeihen Sie, wenn ich Sie noch weiter mit der Affaire belästige, aber ich hoffe, daß da nicht bloß persönliche, sondern auch Parteiinteressen auf dem Spiele stehn. Sehr neugierig bin ich, wie Sie Beb[els] Brief beantworten. Er war gestern sehr davon überzeugt, daß seine Gründe für Sie durchschlagend seien.

Braun wird Ihnen wohl über die Sitzung und die Argumente, namentlich Fischers,² Näheres berichten.

Wir alle grüßen Sie und Ihre Lieben aufs herzlichste Ihr

K. Kautsky.

^a meine gänzliche Zurückziehung *korrigiert aus* die Unterdrückung

¹ Kautsky denkt an den Verlag der Leipziger Volkszeitung.

² Richard Fischer war Geschäftsführer des Verlags der Buchhandlung Vorwärts; seit 1907 gehörte er dem Fraktionsvorstand an und war mit Bebel gut befreundet, vgl. Ph. Scheidemann, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, I, Dresden 1930, S. 206.

P.S. Muß nicht in Preußen ein Pflichtexemplar von jeder dort erschienenen Schrift an die königl[iche] Bibliothek in Berlin geliefert werden? Dann wäre ja alles Überlegen überflüssig. Die Staatsanwaltschaft kann dann durch die Bibliothek ein Exemplar erlangen oder verlangen.

4. HUGO HAASE AN KARL KAUTSKY

Königsberg, 22.2.1909

Mein lieber Genosse Kautsky,

nach einigen Tagen quälenden Drucks empfinde ich heute eine Erleichterung. Ja, mehr: ich bin von Herzen darüber erfreut, daß sich die Kontrolleure auf Ihre Seite gestellt haben.

Ich habe Braun noch nicht sprechen können, werde mir morgen von ihm ausführlich über die Sitzung berichten lassen. Heute habe ich an Bebel geschrieben; gern hätte ich dabei etwas Galle verspritzt, habe sie jedoch aus Rücksicht auf ihn zurückgehalten. Mit seinen Argumenten schlägt er seine ganze Vergangenheit und sicherlich den besten Teil seiner Tätigkeit tot. Darüber habe ich ihm auch keinen Zweifel gelassen.

Die Taktik des P.V. ist in jeder Beziehung schädlich und verhängnisvoll. Den Revisionisten hat er Wasser auf die Mühle geleitet und den Radikalen im Kampf gegen sie die Hände gebunden. Über sein Verhalten zu Ihnen persönlich will ich schon kein Wort verlieren. Wie ich darüber denke, werde ich den lieben Genossen im P.V. bei Gelegenheit mündlich sagen.

Als eine Autorität in juristischen Dingen habe ich nicht gelten wollen. Ich muß mich aber gegen das Märchen verwahren, das Molkenbuhr erzählt hat. Genosse Mehring hat recht: ich habe ihm in Stuttgart meine Besorgnis geäußert, daß eine Verurteilung Liebknechts trotz der erbärmlich schlecht fundierten Anklage nicht abzuwenden sein werde. Ich habe meiner Frau sogar sofort nach dem Erscheinen der L[iieb-knecht]schen Broschüre, bevor noch der Rechtsanwalt die Verfolgung eingeleitet hatte, gesagt, daß L[iieb-knecht] wohl angeklagt und dann auch verurteilt werden würde. Molk[enbuhr] irrt also, wenn er behauptet, ich hätte ihn versichert, L[iieb-knecht] werde freigesprochen werden. Ich habe nach meiner Erinnerung nur, als in etwas hämischer Weise über L[iieb-knecht] hergezogen wurde, ihn in Schutz genommen und dabei gesagt, daß es, wenn die Anklage nichts anderes bezwecken würde, nicht ausgeschlossen sei, daß L[iieb-knecht] freigesprochen werden könnte. Bekanntlich ist seine Verurteilung auch aus einem anderen

rechtlichen Gesichtspunkt erfolgt, wie aus dem, von dem die Anklage ausging. Richtig ist, daß ich, wenn ein Prozeß erst einmal angezettelt ist, nicht vor lauter Pessimismus die Tatkraft einbüße und den Mut des Angeklagten lähme. In den großen politischen Prozessen habe ich bisher stets von vornherein das Gefühl gehabt, daß Anklage erhoben werden würde. Diese Erfahrung gewährt mir in Ihrem Falle die Beruhigung, daß mich mein Gefühl, daß es hier nicht zur Anklage kommen wird, – falls sie nicht geradezu freventlich von einem Kritiker der Broschüre provoziert wird – nicht täuschen wird.

Vorläufig bin ich froh, daß Sie bei den Kontrolleuren einen moralischen Erfolg davongetragen haben. Nach dem Organisations-Statut ist ja die Kontrol-Kommission die Berufungs-Instanz über die Beschwerden gegen den P.V. Daraus folgt, daß der P.V. sich der Entscheidung der K[ontroll]-K[ommission] fügen muß, wenn er die Streitfragen nicht dem Parteitag unterbreiten will, was ja hier ausgeschlossen ist. Ob er von dem Mittel, mit den Kontrolleuren eine gemeinsame Sitzung abzuhalten – was ihm freisteht – Gebrauch gemacht hat, kann ich aus Ihrem Brief nicht ersehen.

Haben Sie also im Augenblick jedenfalls einen wohl begründeten Anspruch auf Verbreitung der Broschüre, so läßt er sich doch nicht *erzwingen*. Was nun? Mehring hat darin recht, daß die Herausgabe der Broschüre durch einen anderen Verlag für die Partei und vielleicht auch für Sie unangenehme Konsequenzen haben kann. Sie sind, wie Sie mir schreiben, bereit, die Broschüre in einem anderen Verlag mit einigen Änderungen herauszugeben. Kann da nicht der Ausweg gefunden werden, daß sie im Vorwärts-Verlag mit den *von Ihnen beabsichtigten* Änderungen erscheint? Sie können dem Parteivorstand, der sich in eine fatale Lage gebracht hat, eine Brücke bauen, indem Sie ihm erklären, Sie hätten zwar das Recht auf Verbreitung der Broschüre so, wie sie jetzt ist; nachdem jedoch Ihr Recht durch die Kontrolleure festgestellt sei, seien sie aus freien Stücken zu einigen Änderungen entschlossen. Vielleicht kann der zweite Teil der Druckexemplare, der gar nicht beanstandet ist, benutzt und nur der erste, abgeänderte Teil neu gedruckt werden. Ich weiß nicht, ob sich die Teile dann technisch bequem zusammenfügen ließen. Die Exemplare, die dann verbreitet werden, können als „zweite Ausgabe“ erscheinen.

Sollte eine Einigung zwischen Ihnen und dem P.V. nicht erfolgen, so bleibt zu erwägen, ob Sie nicht erst nach Ablauf der Verjährungsfrist, also etwa Anfangs August, in einem anderen Verlag Ihre Schrift mit kleinen Änderungen herausgeben.

Kann ich Ihnen weiter irgend wie helfen, so bitte ich Sie, sich an mich zu wenden. Über den Fortgang der Affäre halten Sie mich, bitte, jedenfalls auf dem Laufenden.

Mit herzlichem Gruß an Sie sowie Ihre liebe Frau, Ihre verehrte Mutter und Ihre Kinder bin ich

Ihr Hugo Haase.

5. KARL KAUTSKY AN HUGO HAASE

Berlin-Friedenau, 25.2.1909

Lieber Freund Haase,

in den letzten Tagen herrschte bei uns wirklich Fastnacht u[nd] Aschermittwoch. Die Sache wird immer toller.

Der Vorstand äußerte sich nach dem Spruch der Kontrolleure nicht. Ich schrieb ihm daher und ersuchte ihn, sich zu äußern, was nun geschehen solle. Ich sähe nur zwei Wege offen, aus der Schwierigkeit herauszukommen, wenn er die Broschüre nicht einfach frei geben wolle, woran nicht zu denken war, nach verschiedenen Äußerungen Bebels u[nd] Singers mir gegenüber. Entweder solle der Vorstand mir klipp u[nd] klar die Stellen bezeichnen, deren Aenderung er wünsche. Bisher hatte er darum nur herumgeredet u[nd] jedesmal andere Stellen bezeichnet. Aber, wenn er die Broschüre in ihrer Gesamtheit ablehne, dann fühle ich mich nach dem Spruch der Kontrolleure berechtigt, sie einem anderen Verlag zu übergeben. Auf jeden Fall bitte ich den Vorstand sich schleunigst zu entscheiden.

Kaum hatte ich den Brief abgesandt, als ich den Artikel der L[eipziger] Volkszeit[un]g¹ in die Hand bekam. Ich war perplex und wußte nicht, ob ich mich freuen oder ärgern sollte. Ärgern darüber, daß ich da in den Verdacht einer Konspiration gegen den Vorstand, eines heimtückischen Streichs gerieth, oder freuen, daß nun die Situation geklärt sei, es ein Zurück nicht mehr gebe. Auf jeden Fall, wie immer man den Artikel vom Standpunkt der Disziplin u[nd] Kameradschaft auffassen mochte, war es nun dringend geboten, die Broschüre zu veröffentlichen. Jeder Schaden, den sie anrichten konnte, war durch die Veröffentlichung der Zitate und ihre Hervorhebung in Fettdruck² bereits ange richtet. Jedes weitere Zurückhalten der Broschüre konnte den Schaden, so weit ein solcher in Frage kommt, nur vergrößern, nicht verringern.

¹ Frische Brise, Leipziger Volkszeitung No 43 (22.2.1909); die Leipziger Volkszeitung bezeichnete Kautskys Broschüre als literarischen Ausdruck für die „frische Brise“, die sich im deutschen und internationalen politischen Leben bemerkbar mache.

² Die Leipziger Volkszeitung hatte unter anderem eine größere Passage aus dem vom Parteivorstand beanstandeten Kapitel „das Wachstum der revolutionären Elemente“ abgedruckt (vgl. den Brief No 2).

Denn aus dem Zusammenhang gerissen, sehen die Stellen weit schlimmer aus, als in der Broschüre selbst.

Ich eilte zum Vorstand und beschwor ihn, sich sofort zu entscheiden. Aber er ließ sich nicht aus seinem schläfrigen Tempo bringen und verschob die Sitzung auf den nächsten Tag, gestern. Dort trug ich nun meinen Fall vor, so eisig u[nd] sachlich als möglich. Ich war so erbittert über die Indolenz und das Hinauszögern des Vorstands gewesen, daß ich schon die Absicht hatte, allen Verkehr mit ihm abzubrechen, wenn er meine Bitte nicht bewilligte, u[nd] die Redaktion der N[eu]en Z[eit] niederzulegen. Es war sonderbarer Weise Mehring, der mir zur Mäßigung rieth. Ich solle doch nicht die einzig sichere Position, die wir noch hätten, ohne Not preisgeben.

Ich erkannte seine Vorstellungen an (das spielte vor der Sitzung) und sprach bei der Sitzung so ruhig als möglich. Auch der Vorstand war ruhig, nicht, wie ich dachte, erregt über den Artikel, den er mir auch nicht zur Last legte. Bebel gestand zu, der Vorstand trage selbst die Schuld, da man versäumt hatte, die Redaktionen zu ersuchen, nichts über die Broschüre zu bringen. Aber – diese dürfe auch jetzt nicht heraus. Einmal könne der Staatsanwalt bloß auf Grund der Zitate nicht verfolgen, wenn er nicht die Broschüre besitze, und daß er sie nicht besitze und nie besitzen werde, nimmt der Vorstand einfach als sicher an. Dann aber seien die Zitate auch nicht die gefährlichsten Stellen, andere viel gefährlicher, endlich seien sie im Zusammenhang bei mir noch gefährlicher als in den Artikeln.

Ferner: Der Verleger und dessen Vertreter weigern sich, die Broschüre herauszugeben, weil er sich selbst damit einen Prozeß wegen Beihilfe zum Hochverrat zuziehen könne! Als ob es jemand eingefallen wäre, gegen Liebknechts Verleger vorzugehen.

Endlich, wenn die Broschüre verbreitet würde, könne ich Zuchthaus bekommen, weil nachweisbar wäre, daß ich aus der Broschüre Gewinn gezogen!

Vergeblich versuchte ich gegen diese Argumente anzukämpfen, es half alles nichts. Sie waren blind für den ungeheuren Skandal, den sie entfesseln, blind für die Gefährdung, die sie mir durch ihre Haltung zufügen, die eine Denunciation u[nd] ein Bekenntniß meiner Schuld gleichzeitig ist, dem Staatsanwalt Argumente liefert, wie ihm bessere nicht zur Verfügung stehn können.

Erbittert, war ich doch trotz aller Mehringschen Warnungen, daran, mit dem Vorstand zu brechen, aber ich bezwang mich und erklärte, ich verzichte auf das Erscheinen im Vorw[ärts] oder in Deutschland überhaupt. Aber so weit könne ich nicht gehn, nun auf jedes Erscheinen zu verzichten. Das wäre, nachdem die Schrift bereits bekannt geworden, politischer Selbstmord für mich, aber auch für die Partei eine schwere

Schädigung. Denn selbst wenn man es erreichte daß sämtliche Parteigenossen die Unterdrückung der Schrift ruhig hinnähmen, würden die Gegner umso mehr Kapital daraus schlagen, entweder über die Unterdrückung der Meinungsfreiheit zetern oder darauf hinweisen, daß wir neben unserem öffentlichen Programm ein geheimes hätten, das der Vorstand nicht enthüllt sehn wolle. Die Verdächtigungen würden kein Ende nehmen. Ich halte es daher im Parteiinteresse wie im eigenen Interesse für unerläßlich, daß die Broschüre zur Kenntniß der Öffentlichkeit kommt, daß diese darüber urteilen kann. Ich gehe nach Wien und werde sie dort herausgeben. Das konnte mir der Vorstand nicht verweigern. Morgen reise ich ab. Wenn ich nach Wien gehe, verfolge ich nicht bloß die Absicht, persönlich dort einen Verleger zu suchen und dafür zu sorgen, daß mein bisheriger Umweg zur Ohnmacht auf dem kürzesten Weg erscheint, sondern ich verfolge noch andere Absichten dabei.

Ich möchte versuchen, ob es gelingt, Victor Adler zur Intervention zu bewegen. Er ist beim Vorstand als Politiker geachtet, kein unpraktischer Theoretiker, auf den der Vorstand mitleidsvoll herabsieht. Victor Adler hat aber auch einen weiten Blick und Verständniß für Imponderabilien, sein Parteiempfinden ist noch nicht bürokratisch verknöchert. Ich hoffe, er wird begreifen, welche schwere Schädigung des Ansehens der Partei auf dem Spiele steht, wenn der Parteiverlag sich vor der Öffentlichkeit weigert, meine Broschüre heraus zu geben. Vielleicht gelingt es ihm, den Vorstand davon zu überzeugen u[nd] umzustimmen. Meine Hoffnungen sind zwar gering, der Vorstand ist zu verbohrt, was natürlich in der Form zu Tage tritt, daß er mir meine „Halsstarrigkeit“ vorwirft u[nd] meint, wenn ich auf die Broschüre verzichtete, sei alles gut. Als ob es noch von meinem Belieben abhinge, daß die Öffentlichkeit von ihr erfährt oder nicht. Im ganzen Vorstand ist leider Niemand, der von der Publizistik und ihren Bedingungen eine Ahnung hätte.

Ich habe aber noch einen dritten Grund, nach Wien zu gehn. Ich erwarte in den nächsten Tagen eine Krise in unserer Partei, in die vielleicht die Staatsanwaltschaft eingreifen wird. Allenthalben wird bereits von meiner Schrift gesprochen – viel mehr als wenn sie erschienen wäre. Niemand denkt an juristische Bedenken, allgemein wittert man hinter der Zurückziehung eine revisionistische Intrigue. Stellt sich jetzt heraus, daß der Parteiverlag endgiltig die Schrift nicht herausgibt, dann gibt es sehr wahrscheinlich einen Krach und dessen Schürung und Ausnutzung durch die Gegner. Was will der Vorstand darauf antworten?

Diese Frage legte ich ihm bereits vor. Der Vorstand meinte, dann werde man einfach sagen, der Verlag und ich hätten uns über einzelne Ausdrücke nicht einigen können.

Diese schlaunen Politiker, die da glauben, damit die Sache aus der Welt zu schaffen!

Es ist zu befürchten, daß nun erst recht der Krakehl losgeht und daß der Vorstand dann erklärt, nicht Rücksichten auf die Revisionsisten, sondern auf den Staatsanwalt hätten die Zurückziehung veranlaßt. Aber auch wenns zu dieser Erklärung nicht kommt, ist zu befürchten, daß die Zurückziehung der Broschüre den Staatsanwalt anreizt, eine Anklage gegen mich zu erheben, wäre es auch nur zu dem Zwecke, Verleger u[nd] Vorstand zeugeneidlich darüber vernehmen zu lassen, was in der ihm so hartnäckig vorenthaltenen Schrift enthalten war u[nd] welche Stellen den Stein des Anstoßes bildeten. Wenns so weit ist, wird meine Stellung in Deutschland unhaltbar. Dazu kanns aber über Nacht kommen, ohne daß ich etwas davon weiß und mich dagegen wehren kann. So gerne ich aber bereit bin, meine Schrift zu verteidigen, habe ich gar keine Lust, mein Schicksal an die Hände von Leuten zu knüpfen, die zum Teil keine allzu hohe Intelligenz bekundet haben und denen man auch nicht zumuten kann, die Gefahr von ein paar Jahren Zuchthaus wegen Meineids auf sich zu nehmen, um mir ein paar Jahre Festung zu ersparen. Ich machte den Vorstand auch auf diese Eventualität aufmerksam. Darauf meinte Bebel, wenn jemand gegen mich aussage, müsse ich mich eben herauszuhauen suchen, so gut ich kann! In der Tat sehr einfach und bequem für die Andern.

Und eine propagandistische Wirkung eines Prozesses ist nach der Wendung, die die Dinge *jetzt* genommen haben, ausgeschlossen. Hätte es sich nur um meine Broschüre gehandelt, hätte ich das Risiko einiger Jahre Festung nicht gerade mit Vergnügen – so vergnügungssüchtig bin ich nicht – aber doch ohne Murren auf mich genommen. Würde ich auf diese Schrift hin verurteilt, mußte das den Unwillen der weitesten Kreise erregen u[nd] mächtig propagandistisch wirken, vielleicht noch mehr als der Prozeß Liebknecht. Diese Gewißheit konnte mich für das Opfer mehrerer Jahre trösten. Es ist ja schließlich einerlei, wie man wirkt, *wenn* man nur wirkt; es muß nicht immer mit der Feder sein.

Wenns aber *jetzt* zum Prozeß kommt, nachdem der Parteiverlag meine Schrift zurückgezogen, wird dabei nicht der Staatsanwalt blosgestellt, sondern die Parteifunktionäre, die dann seine Kronzeugen bilden und die erbärmlichste Rolle von der Welt spielen. Und ich weiß nicht, ob ich drei Jahre Festung riskiren soll, um die Aufführung dieses Parteitrauerspiels zu ermöglichen.

Aber vielleicht sind Sie und meine sonstigen Parteifreunde anderer Meinung. Vielleicht halten Sie es für geboten, daß ich mich auf jeden Fall meinem Richter stelle.^a Glauben Sie das, werde ich es tun, in

^a *Dazu Anmerkung Kautskys* In meinem Falle kommt noch in Betracht, daß ich mir dadurch nicht die Möglichkeit erkaufe, im Lande weiter zu wirken, denn nach der Freilassung werde ich unfehlbar ausgewiesen.

dieser Frage können meine Freunde besser urteilen als ich, der ich persönlich beteiligt bin.

Auf jeden Fall aber will ich mir die Freiheit der Beratung mit meinen Freunden wahren, will mich vor Überraschungen sicher stellen, und das ist auch einer der Gründe, warum ich nach Wien gehe. Mein Plan ist der: Gibt es einen Krakehl, dann muß der in den nächsten Tagen losgehn. Ich warte ab, welche Erklärungen dabei abgegeben werden. Gibt es solche, die mich juristisch kompromittiren, dann bleibe ich im Ausland, bis die sechsmonatliche Frist abgelaufen ist. Geht die Sache innerhalb der Partei u[nd] auch sonst spurlos vorbei, was mir das liebste, dann glaube ich, brauche ich keine Bedenken zu tragen, schon nach wenigen Wochen heimzukehren. Sollte es dann zu einem Prozeß kommen, was ich nicht erwarte, so liegt doch die Gefahr nicht mehr so nahe, daß meine Genossen gegen mich öffentlich ausgespielt werden. Und alles andere fürchte ich nicht. Ich wäre Ihnen nun sehr dankbar, wenn Sie mir *baldigst* Nachricht zu kommen ließen, wie Sie über die Sache denken, einmal über das Erscheinen meiner Broschüre in Wien und dann über mein Verbleiben im Ausland. Ich will in Wien mit dem Druck nicht beginnen, ehe ich Ihre Ansicht habe, und will auch keine sonstige Bewegung ausführen ohne Ihre Zustimmung. Niemand kann mir in dieser Situation so raten wie Sie, der Sie in vollkommener Weise, wie keiner meiner andern Freunde, den Juristen mit dem Freund und dem Parteigenossen zu vereinigen wissen.

Die Krise ist jetzt ernst genug, daß ich mich wegen des Zeitverlusts, den ich Ihnen verursache, wohl nicht mehr zu entschuldigen brauche.

Für Alles was Sie mir bisher geleistet und noch weiter leisten, danke ich Ihnen herzlichst.

Mit den besten Grüßen von uns Allen an Sie und Ihre Lieben

Ihr K. Kautsky.

Meine Adresse ist bis auf Weiteres die V[ictor] Adlers, Wien VI
Blümelgasse 1

6. CLARA ZETKIN AN KARL KAUTSKY

Wilhelmshöhe, 26.2.1909

Liebster Karl,

Dank für Deinen Brief. Hoffentlich hast Du noch vor Deiner Abreise meine lange Epistel über meine Unterredung mit D[ietz]¹ u[nd] anderen

¹ Scil. J. H. W. Dietz, Inhaber des Stuttgarter Parteiverlags.

erhalten. Gleichzeitig mit Deinen Zeilen traf ein offizielles Schreiben Kadens¹ ein, der mir mittheilt, dass der P.V. den Beschluss der K[ontroll] Kom[mission] nicht ausführen könne. Der Grund ist so herrlich, dass man ihn gehört haben muss. „G[enosse] Weber² lehnt es ab, verantwortlich zu zeichnen, ebenso der Geschäftsführer der Buchhandlung ‚Vorwärts‘ den Verlag zu übernehmen.“

Ich habe sofort Folgendes geantwortet:

„Ihre Mittheilung hat mich in höchstem Grade überrascht, meiner Ansicht nach ist etwas Aehnliches noch nicht dagewesen. Ich protestire dagegen, dass die K[ontroll] K[ommission] diese Ohrfeige hinnimmt. Jetzt steht für sie gar nicht mehr die Frage auf der Tagesordnung, wie sie sich zur Broschüre K[autsk]ys stellt. Diese Frage ist erledigt. Um was es sich handelt ist aber ein anderes. Dürfen Beschlüsse der K[ontroll] K[ommission] mir nichts dir nichts in den Papierkorb geworfen werden? Wenn das der Fall wäre, so würde die Leistung der K[ontroll] K[ommission] zu einer würdelosen Komödie degradirt, an der ich keinen Theil haben will. Ich behalte mir daher vor, mit einer rücksichtslosen Darstellung des Falles in die Oeffentlichkeit zu treten u[nd] alle Konsequenzen zu ziehen, die sich daraus für mich ergeben können. Den Zeitpunkt für mein Vorgehen behalte ich mir vor. Ich bin in meiner Meinung u[nd] Haltung in Sachen der Broschüre durch eine Unterredung mit G[enosse] Dietz bestärkt worden. Dieser versicherte mir, dass er die Broschüre für durchaus ungefährlich halte. Zu Bedenken könne höchstens eine einzige Stelle Anlass geben, über die er sich mit K[autsk]y in 2 Minuten verständigt haben würde. Und G[enosse] D[ietz] hat gewiss als Verleger eine grössere Erfahrung als Geschäftsführer, Genosse Weber u[nd] alle anderen im ‚Vorw[ärts]‘ zusammengenommen. Ausserdem wird Niemand behaupten, dass G[enosse] D[ietz] ein ‚Radikalinski‘ sei.“

Ich habe sofort Braun u[nd] Koenen³ aufgefordert, in dem gleichen Sinn zu protestiren u[nd] werde heute noch Geck⁴ anschreiben.

Post festum kam mir noch ein glorreicher Gedanke. Ich schreibe noch G[enosse] Kaden Folgendes.⁵ Um dem armen P.V. aus der Verlegenheit zu helfen u[nd] ihm zu ermöglichen, den Beschluss der K[ontroll] K[ommission] durchzuführen, erbiere ich mich ganz ernsthaft, die Broschüre verantwortlich zu zeichnen, den Verlag u[nd] alle Funktionen zu übernehmen, welche mich persönlich juristisch den

¹ August Kaden gehörte seit 1890 fast ohne Unterbrechung der Kontrollkommission an; er war damals ihr Vorsitzender.

² Gemeint ist Hans Weber, seit 1905 Mitglied der Redaktion des Vorwärts.

³ Heinrich Koenen war Mitglied der Kontrollkommission.

⁴ Adolf Geck gehörte ebenfalls der Kontrollkommission an.

⁵ S. den Brief No 7.

Behörden, moralisch der Partei gegenüber verantwortlich machen. Was meinst Du zu dem Vorschlag? Bitte, antworte sofort. Im Interesse der Partei dürfen wir keinen Zoll zurückweichen u[nd] Du kannst Dich fest auf mich verlassen. Die Redaktion darfst Du nicht hinwerfen, obgleich ich verstehe, dass es Dich danach drängt. Es gilt den Posten zu behaupten. Aber wenn es darauf ankommt, rücksichtslos in die Öffentlichkeit treten, darauf kommt es an. Das ist das Einzigste, was nicht bloß die Situation sondern die Partei selbst retten kann. Sei in Treue gegrüßt herzlichst

Deine Clara.

Grüsse die, welche es verdienen. Ich meine immer noch, Du hättest die Broschüre in Leipzig verlegen sollen. Der P.V. hätte nichts gewagt.

7. CLARA ZETKIN AN AUGUST KADEN^a

[Wilhelmshöhe,] 27.2.1909

Lieber Genosse Kaden!

Nachdem mein Brief an Sie fort war, kam mir noch ein glücklicher Gedanke, wie der Schwierigkeit zu begegnen sei. Sie teilten mir mit, dass der Parteivorstand den Beschluss der Kontrollkommission nicht ausführen könne, weil die Angestellten der Buchhandlung Vorwärts die Verantwortlichkeit für Kautskys Broschüre ablehnen. Ich will jetzt nicht die Frage anschneiden, welches Urteil man über Genossen fällen muss, die vor etwa 3 Wochen *ohne alle Bedenken und Besorgnisse* eine Broschüre in die Welt hinausschickten, die sie jetzt auf einmal für so gefährlich erachten, dass sie nichts mit ihr zu tun haben wollen. Diese Frage werde ich vor dem grössten Forum der Partei erörtern, wohin sie im Interesse derselben gehört. Jetzt gilt es, den armen Vorstand in den Stand zu setzen, unseren Beschluss ausführen zu können. Die Möglichkeit dazu ist sehr einfach. Ich erbiere mich hiermit, Kautskys Broschüre verantwortlich zu zeichnen, als Verleger zu figurieren, kurz alle Funktionen zu übernehmen, welche mich persönlich, den Behörden gegenüber juristisch, der Gesamtpartei gegenüber moralisch verantwortlich für die Broschüre machen. Ich betone ausdrücklich, dass ich nicht daran denke, diese Verantwortlichkeit irgendwie mit dem Verlag der „Gleichheit“¹ zu verquicken. Ich übernehme alle Verantwortlich-

^a *Durchschlag*

¹ Zetkin war von 1892 bis 1917 Redakteurin der in Stuttgart erscheinenden Halbmonatsschrift „Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“.

keit als simple Genossin, wie jeder andere Genosse das auch tun könnte, und würde – wenn Bedenken vorliegen – nicht einmal daran denken, die Druckerei Paul Singer in Stuttgart durch den Druck der Broschüre zu kompromittieren. Ich werde Genossen Kautsky sofort diesen meinen Vorschlag mitteilen und ersuche Sie Ihrerseits, meinen Antrag den zuständigen Instanzen sofort zu unterbreiten und mir baldigst Antwort zukommen zu lassen.

Mit herzlichen Grüßen und dem Wunsche, dass es Ihnen recht gut gehen möge.

Ihre [Clara Zetkin]

8. KARL KAUTSKY AN HUGO HAASE

Wien [,nach dem 26.2.1909]

Wien XIII

Leopold Müllerg[asse] 7

Lieber Freund Haase,

Adler denkt so, wie ich erwartet, er ist entsetzt über das kopflose Vorgehen des Vorstands. Er steht nicht auf dem Standpunkt der Broschüre, beanstandet als Politiker vieles, hält sie aber juristisch für unbedenklich und das einzige Gefährliche dabei das Vorgehn des Vorstands. Er ist auch der Überzeugung, die Schrift muß heraus, und er hat in diesem Sinne sehr energisch an August und Paulus [Singer] geschrieben. Für heute ist eine neuerliche Sitzung des Vorstands einberufen, zu der auch die in Berlin anwesenden Mitglieder der K[ontroll] K[ommission] zugezogen sind, was mir eigentlich ungehörig erscheint. Doch das ist Sache der K[ontroll] K[ommission].

Gestern erhielt ich neben Ihrem Brief einen Claras,¹ der bestätigt, daß der PV sich jetzt auf den Verleger ausredet, der nicht die Verantwortung übernehmen wolle, so daß der Vorstand nicht in der Lage sei, den Beschluß der K[ontroll] K[ommission] auszuführen.

Diese Ausrede wird hinfällig gemacht durch das Anerbieten Claras, für den Verlag verantwortlich zu zeichnen. Jetzt haben sie keine Ausrede mehr. Ich teilte das sofort dem Vorstand mit, ebenso, daß, wenn er trotzdem bei seiner Weigerung beharre, für mich keine Gründe der Disziplin mehr beständen, die mich hinderten, die Schrift in einem andern deutschen Verlag erscheinen zu lassen. Sie haben recht, im Ausland soll sie nicht erscheinen.

¹ S. den Brief No 6.

Wenns gut geht, kann also die Sache noch gütlich beigelegt werden. Wenn nicht, werde ich wohl wieder nach Berlin resp. nach Leipzig müssen und meine Ferien schießen lassen müssen.

Sie schreiben, ich solle „keinen Falls zurückkehren, bevor wir uns verständigt haben“. Nun habe ich in meiner Nachschrift zu meinem Brief bemerkt, ich müßte mich doch auf jeden Fall stellen, wenn es zu einer Anklage kommt. Bitte, lassen Sie mich daher wissen, aus welchen Gründen Sie jetzt Bedenken gegen meine sofortige Rückkehr haben. Und noch einen Punkt sähe ich gern aufgehehlt. Sie meinen, ich solle das Erscheinen der Broschüre bis August verschieben. Da sei sie immun. Ja, wieso? Entweder hat der Staatsanwalt jetzt schon ein Exemplar u[nd] kann auch jetzt schon Anklage erheben. Oder er hat keins, dann läuft die Verjährungsfrist doch erst vom Neuerscheinen im August an.

Oder meinen Sie, daß vor dem Ablauf der Verjährungsfrist im August eine öffentliche Diskussion über die Broschüre gefährlich sei? Aber ich fürchte gerade, daß es zu einer solchen Diskussion in ihrer gefährlichsten Form, d.h. über die Gründe des Vorstands, sie zu unterdrücken, kommt, wenn sie nicht sofort erscheint. Da muß man doch darauf gefaßt sein, daß öffentlich ich oder der Verlag interpellirt wird, warum die Schrift nicht verbreitet wird, die schon erschienen war.

Also Möglichkeit und Zweckmäßigkeit des Hinausschiebens des Erscheinens bis August kann ich mir vorläufig noch nicht recht vorstellen.

Sie haben mich durch Ihre Hilfsbereitschaft so verwöhnt, daß ich Sie über diese beiden Punkte um weitere Aufklärung bitte, soweit sie nicht durch den heutigen Vorstandsbeschluß, den ich noch nicht kenne, gegenstandslos werden. Adler grüßt Sie bestens, ich ebenso Sie und Ihre Lieben

Ihr getreuer K. K[autsky].

9. JOSEPH HERZFELD AN AUGUST BEBEL

Berlin, 2.3.1909

Lieber Genosse Bebel,

Beifolgend sende ich Ihnen den Auszug aus der Broschüre.¹ Es ergibt sich daraus meines Erachtens unzweifelhaft, dass es sich in derselben um eine Untersuchung über die Tendenzen handelt, welche den Eintritt der Revolution wahrscheinlich machen und um die voraussichtliche Darlegung der Formen, des Tempos und der Wirkungen derselben, keinesfalls aber um eine Handlung, oder die Aufforderung zu einer

¹ Scil. „Der Weg zur Macht“.

Handlung, oder die Vorbereitung zu einer solchen, durch welche die gewaltsame Aenderung der Verfassung des Deutschen Reichs, oder eines Bundesstaates, oder der in demselben bestehenden Thronfolge unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll (§§ 81, 82, 85, 86 Strafgesetzb[uch]).

Um aber unnötige Provokationen und Handhaben für den Staatsanwalt zu vermeiden, würde ich die Streichung resp. Aenderung folgender Stellen vorschlagen: Auf Seite 13 würde ich setzen statt „friedlichen Hineinwachsens“, „*oekonomischen Hineinwachsens*“.¹

Auf Seite 60 würde ich den eingeklammerten Satz „Sie bilden das Rekrutierungsgebiet für die Soldaten der Revolution, aber nicht alle sind gleich solche Soldaten“² weglassen.

Auf Seite 62 würde ich die beiden letzten Absätze von „ist“ bis „wird“³ streichen. Auf Seite 68 im vorletzten Absatz den Satzteil von „und“ bis „schwinden“.⁴ Auf Seite 84 im vierten Absatz die Worte „friedlich und unmerklich“.⁵ Auf Seite 97 im ersten und zweiten Absatz von „Der Krieg“ bis „geworden ist“.⁶ Auf Seite 104 die Worte des letzten Absatzes: „Glücklich“ bis „teilnehmen“.⁷ Diese Worte, so sympa-

¹ Kautsky schreibt dort: „In den nächsten Jahrzehnten müßten wir uns auf die Taktik des friedlichen Hineinwachsens und der proletarisch-bürgerlichen Blockpolitik einrichten.“ Er hat diesen Satz unverändert in die zweite Auflage übernommen.

² In der Neuauflage erscheint der Ausdruck „Soldaten der Revolution“ in Anführungsstrichen.

³ Zur Abwandlung dieser Stelle vgl. S. 439, Anm. 2.

⁴ Hier heißt es: „So erstarkten die Regierungen ungemein in den letzten Jahrzehnten und die Möglichkeit des Umsturzes einer Regierung, der Revolution, schien ins Unabsehbare zu entschwinden.“ Diese Fassung wurde in der Neuauflage beibehalten.

⁵ In dem Satz „Es wird wohl niemand so naiv sein, behaupten zu wollen, daß wir friedlich und unmerklich aus dem Militärstaat [...] in die Demokratie [...] ‚hineinwachsen‘ werden“ änderte Kautsky das Wort „friedlich“ in „kampflos“.

⁶ Diese Passagen lauten: „Der Krieg bedeutet aber auch die Revolution. Im Jahre 1891 meinte Engels noch, es wäre ein großes Pech für uns, wenn ein Krieg ausbräche, der die Revolution nach sich zöge und uns ans Ruder brächte, da dies vorzeitig geschähe. Eine Weile könnte das Proletariat durch Ausnutzung des gegebenen staatlichen Bodens noch sicherer vorwärts kommen, als durch das Risiko einer durch einen Krieg herbeigeführten Revolution. Seitdem hat sich die Situation sehr geändert. Das Proletariat ist heute so erstarkt, daß es einem Kriege mit mehr Ruhe entgegensehen darf. Und es kann nicht mehr von einer vorzeitigen Revolution reden, wenn es aus dem gegebenen staatlichen Boden so viel Kraft gesogen hat, als ihm zu entnehmen war, wenn eine Umgestaltung dieses Bodens zu einer Bedingung seines weiteren Aufstiegs geworden ist.“ Kautsky hat an dieser Stelle keine Korrekturen vorgenommen.

⁷ Sowohl in der ersten Fassung wie in der Neuauflage schließt die Broschüre mit den Worten: „Glücklich jeder, der berufen ist, an diesem erhabenen Kampfe und herrlichen Siege teilzunehmen!“

tisch sie mir sind, halte ich für die bedenklichsten der ganzen Broschüre; denn aus ihnen könnte eine Aufforderung zur Revolution im Sinne des § 85 Str. G.B. gefolgert werden, während die ganze übrige Broschüre nur eine Untersuchung über das Werden und den Verlauf der bevorstehenden Revolution darstellt.

Im übrigen lässt sich, wie wir alle einige sind, Bestimmtes über Möglichkeit einer Hochverratsanklage nicht sagen. Sind die Zeiten so, dass man ihre Erhebung für redlich hält, so wird eröffnet und wird auch aller Wahrscheinlichkeit nach zur Verurteilung führen.

Mit Rücksicht darauf könnte vielleicht noch erwogen werden, die Broschüre in Stuttgart erscheinen zu lassen. Die Broschüre füge ich wieder bei; bitte sie mir aber wieder zuzusenden, da ich kein Exemplar derselben besitze.

Mit herzlichem Gruß

Ihr J. Herzfeld.

10. CLARA ZETKIN AN KARL KAUTSKY

Wilhelmshöhe, 4.3.1909

Meine Lieben,

Soeben erhielt ich einen Schreibebrief des G[enossen] Dietz, in dem er mir klar zu machen sucht, was er gesagt habe u[nd] mir allerhand gute Ratschläge u[nd] Warnungen gibt. Da ich nur zu gut weiss, was er gesagt hat, werde ich ihm die Antwort nicht schuldig bleiben, die auch sonst an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Ihr sollt eine Kopie davon erhalten, damit ihr informirt seid.¹

Eine Sitzung des P.V. mit den Mitgliedern der K[ontroll] K[ommission], die gerade in B[erlin] anwesend sind, wäre eine Ungeheuerlichkeit mehr. Wir anderen würden Protest dagegen erheben, da wir überhaupt nicht befragt worden sind. Es wäre wichtig zu erfahren, ob eine solche Sitzung thatsächlich stattgefunden hat.

Haase's Rath² mag juristisch gut sein, ob unter der Situation taktisch klug, bezweifle ich sehr. Mir scheint, dass die Broschüre je eher, je besser heraus muss.

In Eile viele herzliche Grüsse.

Eure Clara.

¹ S. den Brief No 11.

² Vgl. dazu den Brief No 4.

11. CLARA ZETKIN AN J. H. W. DIETZ^a

W[ilhelmshöhe,] 4.3.1909

Lieber Genosse Dietz,

Trotz der Dankbarkeit und Sympathie, die ich für Sie aus alten, unvergessenen Zeiten auch in der unerquicklichen Nach-Dresdener Periode unseres Parteilebens bewahrt habe, kann ich nicht umhin, Ihrer Darstellung entschieden zu widersprechen.

Es ist möglich, dass Sie die staatsmännisch kluge Fassung Ihres Urteils als reservatio mentalis in Ihren Gedanken getragen haben. Tatsache ist und bleibt nichtsdestoweniger, dass Sie ihr *nicht* Ausdruck gegeben haben. Ich kann mich nur an das halten, was Sie gesagt haben. Und dafür ist mein Gedächtnis leider – das leider für mich! – nur zu stark und zu zuverlässig. Gewiss haben Sie erklärt, dass die ganze Angelegenheit nicht aufgetaucht, keine Streitfrage geworden wäre, wenn Kautsky sich mit der Broschüre von Anfang an an Sie als Verleger gewendet hätte. Allein das von Ihnen jetzt angegebene Warum – der nicht offizielle, lediglich „offiziöse“ Charakter Ihres Verlags – hat in Ihren Äußerungen gar keine Rolle gespielt. Sie haben da nur den ungefährlichen Charakter der Broschüre im Allgemeinen anerkannt und Ihr diesbezügliches Urteil noch durch den Satz unterstrichen: „wenn das als gefährlich nicht erscheinen soll, dann bleibt nur übrig, die ganze ‚Neue Zeit‘ seit 1905 einzustampfen. Denn Karl hat in der Broschüre nichts geschrieben, was nicht oft und zum Teil schärfer in der ‚N[eu]en Z[eit]‘ steht, und die ist das offizielle, wissenschaftliche Organ der Partei.“ Dies sinnetreu der Kern Ihrer Worte, auf den ich jederzeit jeden Eid ablegen könnte. Sie haben auch nicht von etlichen bedenklichen Stellen gesprochen, sondern ausdrücklich und wiederholt *nur von der einen* Stelle, an der der Staatsanwalt eventuell nach dem Liebknecht-Prozess einhaken könne. Sie suchten mehrmals danach, um sie mir vorzulesen, konnten sie aber nicht finden und begnügten sich, sie namhaft zu machen. Es ist die Stelle, die vom eventuell unglücklichen Ausgang eines Krieges handelt.¹ Im Uebrigen sind Sie in Ihrer Kritik am Verhalten des Parteivorstandes nicht minder scharf und bestimmt gewesen, wie ich selbst. Allerdings haben Sie zum Schlusse stark be-

^a *Durchschlag*

¹ Vermutlich meint Zetkin die Stelle auf Seite 97 der Broschüre, wo es u.a. heißt: „Sollte es trotzdem zum Ausbruch eines Krieges kommen, so ist das Proletariat heute diejenige Klasse, die seinem Ausgang am zuversichtlichsten entgegensehen darf.“

tont, dass der P.V. für die Massen „tabu“ bleiben müsse, und diese Auffassung erklärt manches, was sonst unerklärlich wäre.

Sicherlich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass jedes Manuskript vor der Drucklegung sorgfältig gelesen und geprüft werden sollte, wie Sie das tun. Leider hat aber der Parteivorstand bis dato dieses Ihr löbliches Beispiel nicht befolgt. Andernfalls wäre es undenkbar, dass er die moralische Verantwortlichkeit übernommen hat nicht bloß für den Haufen werthlose^a Literatur, welche der Verlag „Vorwärts“ wahllos, quallos in gesundheitsgefährlicher Ausstattung und zu teuren Preisen auf den Markt wirft, sondern obendrein für Publikationen, welche das Bewusstsein der Massen trüben, welche im Gegensatz zu der Auffassung stehen, zu der sich die Partei wenigstens einstweilen noch offiziell mit den Lippen bekennt. Da ist es nun mehr als merkwürdig, dass der nämliche P.V., der die fragwürdigsten Gedankengänge der fragwürdigsten Persönlichkeiten – vom Parteistandpunkt aus – deckt, sich auf einmal, entgegen all seinen langjährigen Gepflogenheiten auf sein Amt besinnt, wenn ein Mann von dem wissenschaftlichen Rufe und der Parteitreue Kautskys etwas schreibt. Das Um und Auf, unter dem das geschehen ist – sowohl seitens des P.V. selbst, wie des Verlags – erweist klärlich für jeden Unbefangenen ein solches Mass der Widersprüche, Kopflösigkeit und Zerfahrenheit, dass auch Ihre wohlmeinende Darstellung des „Prozessganges“ diesen Mohren nicht weiss waschen kann.

Sie bedauern, dass Sie durch Ihre Unterhaltung mit mir Anlass gegeben haben, in einen Gegensatz zu Ihren Kollegen vom „Vorwärts“ gebracht zu werden. Ich wusste das im voraus und war mir auch ziemlich sicher, was Ihrerseits erfolgen würde. Gerade darum habe ich mir Ihre wichtigsten Aeusserungen so klar und tief eingepägt. Gerade darum habe ich mir aber auch wohl überlegt, ob ich Ihre Ansichten von voriger Woche in die Debatte werfen sollte. Und auf Grund gewissenhafter Prüfung kam ich zu dem Entschluss, dass dies im Interesse der Partei liege und eine Pflicht meinerseits sei. Denn um was es in dem vorliegenden skandalösen Falle geht, das ist gar nicht mehr Kautskys Broschüre, *das ist ein System*, das die Massen verwirren, die Partei von ihrem Wege abdrängen muss. Nicht Karl ist der eigentliche Leidtragende des ungeheuerlichen Skandals, sondern die Partei selbst. So hoch ich stets Ihr persönliches Wohlwollen für mich eingeschätzt habe, so aufrichtig mein Wunsch ist, die alten guten Beziehungen zu Ihnen aufrecht zu erhalten: konnte ich angesichts meiner Auffassung der Situation nicht anders handeln, als ich gehandelt habe. So sehr ich infolge der Erfahrungen der letzten Jahre unseres Parteilebens auf

^a werthlose *hs. korrigiert aus* wahllose

die Erklärung vorbereitet war, dass ich Sie gründlich daneben verstanden habe, und dass der P.V. in der ihm eigenen gottähnlichen Weisheit und Gerechtigkeit seine Entscheidung fällte, so ausserordentlich überrascht mich ein anderes. Dass Sie es peinlich empfinden, in einem Gegensatz zu Ihren „Kollegen“ vom „Vorwärts“ zu erscheinen. Ich war fest überzeugt, dass das Bewusstsein Ihrer Solidarität mit der Partei stärker wäre als das Gefühl Ihrer Kollegialität mit jenen „Mühlendammern“ – dies Ihr eigenster, oft gebrauchter Ausdruck –, über deren Anschauungen und Gepflogenheiten Sie m.E. stets ebenso wuchtig als zutreffend urteilten, und zu denen in Gegensatz zu stehen – im Allgemeinen wie in dem besonderen Fall – nur ehrenvoll ist. Wenn ich Ihnen im Parteiinteresse das Bedauern darüber nicht ersparen konnte, „vorige Woche nicht stumm geblieben zu sein wie gewöhnlich“, so muss ich mich meinerseits damit abfinden, dass Ihnen erst nachträglich ganz klar geworden ist, was Sie in der Skandalaffaire offiziell sagen wollten, und dass Sie daher nachträglich überzeugt sind, das von Ihnen offiziell Gewollte auch gesagt zu haben.

Ich weiss, Sie meinen es gut mit Ihrer Warnung von einer „Disziplinwidrigkeit“. Jedoch eine solche Warnung ist in Zeiten übel am Platze, wo der P.V. mit dem Bruch der Disziplin vorangeht, indem er sich weigert, den ordnungsgemäss gefassten Beschluss der K[ontroll] K[ommission] auszuführen. Und wahrhaftig, diese „Disziplinwidrigkeit“ wird dadurch nicht anmutiger, dass – nach Kadens Mitteilung – der P.V. in erbärmlicher Feigheit sich hinter den Vorwand verkrücht, die Angestellten des Verlags lehnten die Verantwortlichkeit für Kautskys Broschüre ab. Ausserdem ist es lächerlich, „Amtsgeheimnis“ in einer Sache zu fordern, die in Berlin und auswärts die Spatzen von den Dächern pfeifen. Diese Art der Geheimniskrämerei läuft erfahrungsgemäss stets darauf hinaus, dass die Masse der Genossen über Dinge unaufgeklärt bleibt, über welche unsere Gegner dank der journalistisch-revisionistischen Kanäle aufs beste informiert sind. Davon abgesehen, gibt es keine Parteidisziplin, die mir verbieten könnte, der Gesamtheit der Partei eine volle, wahrheitsgetreue, ungeschminkte Darstellung eines Falles zu geben, die ihre ureigenste Sache ist. In der Tat hat die Gesamtpartei ein Anrecht zu erfahren, wie sie „regiert“ wird und darüber zu entscheiden, wie sie regiert sein will. Diesem Anspruch gegenüber haben alle Bedenken zu schweigen. Mag die Partei richten. Ich bin entschlossen, die Konsequenzen – auch die äussersten – meines Vorgehens und der Entscheidung der Partei zu ziehen.

[Clara Zetkin]

12. CLARA ZETKIN AN KARL KAUTSKY

W[ilhelmshöhe,] 5.3.1909

Meine Lieben,

Anbei die Abschrift meines Briefes an Kaden¹. Ich kann nur zusammenfassend wiederholen, was ich schon an Luise schrieb:

1. Karl darf sich gar nicht mehr aufs Verhandeln verlassen, sondern muss die Broschüre unverändert sobald als möglich in Leipzig herausbringen. Jede Verständigung mit dem Vorstand bedeutet nicht bloß eine Hinopferung seines wissenschaftlichen Rufes, nein auch seines persönlichen Ansehens als Charakter. Der P.V. selbst hat nach Wascheiberart dafür gesorgt, dass die Sache in den weitesten Kreisen bekannt ist, u[nd] für Karls wissenschaftliches u[nd] persönliches Ansehen ist angesichts der Situation und ihrer Kommentierung jedes Nachgeben eine Blamage, die nichts abwaschen kann.

2. Jetzt geht es nicht mehr bloß um K[arl]s Broschüre, sondern um die Willkür des P.V. u[nd] das Recht der K[ontroll] K[ommission]. Das zeigt, dass die ganze Angelegenheit zur ureigensten Sache der Gesamtpartei werden muss. Ich führe sie daher *unter allen Umständen weiter, wie immer Karl sich zu dem „geänderten“ Beschluss des P.V.² stellen mag*, der sich von dem ersten nur dadurch unterscheidet, dass er noch unverhüllter idiotisch ist. Ich warte nur die offizielle Antwort auf unseren Antrag ab, eine Sitzung der K[ontroll] K[ommission] einzuberufen u[nd] zu entscheiden, wie diese sich zu der Nichtachtung ihres Beschlusses stellt. Je nachdem gehe ich dann sofort vor, lege ich sofort mein Mandat als Mitglied der K[ontroll] K[ommission] nieder u[nd] gebe eine unumwundene Erklärung in der Presse dazu. Wenn K[arl] fest bleibt, um so besser, wenn nicht, bin ich gezwungen ohne ihn zu handeln.

Vogue la galère. Ich umarme Euch herzlichst

Eure Clara.

Aus Dietz's Brief merke ich, dass die Väter vor der Oeffentlichkeit Heidenangst haben.

¹ S. den Brief No 13.

² S. ebenda.

13. CLARA ZETKIN AN AUGUST KADEN^a

Wilhelmshöhe, 5.3.1909

Lieber Genosse Kaden!

Aus Ihrem Brief ersehe ich, dass der Parteivorstand meinen Antrag als erledigt betrachtet, die Verantwortlichkeit für Kautskys Broschüre zu übernehmen.

Was den von Ihnen mitgeteilten zweiten Beschluss des Parteivorstandes in Sachen der Broschüre anbetrifft,¹ so existiert er für uns als Kontrollkommission nicht, solange die Frage nicht entschieden ist: „Wie stellt sich die Kontrollkommission zur Missachtung ihres ordnungsgemäss gefassten Beschlusses seitens des Parteivorstandes?“

Ich ersuche Sie um Auskunft, ob Sie in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Kontrollkommission bereits Schritte getan haben zur Erledigung dieser Frage, bei der es sich gar nicht um Kautskys Broschüre mehr handelt, sondern lediglich um das Recht der Kontrollkommission und die Nichtbeachtung ihres Beschlusses.

Zweitens bitte ich um Auskunft, ob an dem neuerlichen Beschluss des Parteivorstandes auch Mitglieder der Kontrollkommission mitgewirkt haben. Die Kontrollkommission hatte, wie Sie sich wohl erinnern, ausdrücklich beschlossen, wie stets in wichtigen Fällen solidarisch hinter ihrem Beschluss zu stehen. Die Konsequenzen daraus liegen auf der Hand und schliessen m.E. aus, dass einige Mitglieder der Kontrollkommission an einer weiteren Erörterung der Sache sich beteiligen, so lange nicht die oben aufgezeigte Hauptfrage entschieden ist.

Auf Auseinandersetzungen über „Gefühle“ gehe ich absichtlich nicht ein, sage Ihnen aber als altem Freund, dass ich nicht vom Gefühl, sondern von sehr gründlich geprüften verstandesmässigen Erwägungen ausgehe, die mir das Handeln gebieten.

Mit freundlichem Gruss

[Clara Zetkin]

^a *Durchschlag*

¹ Dieser Beschluß, den Clara Zetkin im Annex ihres Schreibens mitteilt, lautete: „In der Voraussetzung, dass Kautsky ein anderes Vorwort schreibt, die Broschüre als seinen persönlichen Ausdruck bezeichnet, verschiedene Stellen beseitigt bez[w]. ändert und dieselbe als zweite Auflage erscheinen lässt, wird der Parteivorstand keinen Widerspruch erheben; lehnt es aber ab, dieselbe im Vorwärtsverlag erscheinen zu lassen und überlässt es Kautsky, diese Schrift in einem deutschen Verlage herauszugeben.“

14. KARL KAUTSKY AN DEN SPD-PARTEIVORSTAND^a

[Berlin,] 5.3.1909

Werte Genossen,

wie mir Genosse Bebel mitteilt, hat es der Parteivorstand definitiv abgelehnt, meine Broschüre „Der Weg zur Macht“, die Ende Januar im Verlag des Vorw[ärts] erschien u[nd] deren Verbreitung der Vorstand verbot, freizugeben, trotz des entgegenstehenden Beschlusses der Kontrollkommission.

Ehe ich weitere Schritte unternehme, bitte ich um einen *schriftlichen* Bescheid des Vorstands, da seine mündlichen nicht ganz widerspruchslos waren. Ich bitte vor allem mir mitzuteilen:

1. Lehnt es der Vorstand *bedingungslos* ab, daß der Verlag „Vorwärts“ meine bei ihm erschienene Broschüre vertreibt?
2. Wenn nicht, welche *Bedingungen* stellt der Vorstand für die Weiterverbreitung der Broschüre, bzw. welche Stellen verlangt er geändert und in welcher Weise?

Nach den vielen darüber gepflogenen Verhandl[ungen] wird es wohl dem Vorst[and] wohl nicht schwer fallen, mir *umgehend* den schriftl[i-chen] Bescheid darüber zuk[ommen] zu lassen, wofür ich ihm sehr verbunden wäre.

Mit Parteigr[uß]

K. Kautsky.

15. HUGO HAASE AN KARL KAUTSKY

Königsberg, 6.3.1909

Lieber Genosse Kautsky,

über zwei Punkte wünschen Sie noch eine Klarstellung meiner Ansicht.

Würde die Broschüre, so weit sie schon verbreitet ist, strafrechtlich verfolgt werden, so *kann* der Verleger nach § 20 des Preßges[etzes] auch als Täter angeklagt werden, wenn angenommen wird, daß er die Broschüre in Kenntnis ihres Inhaltes verbreitet hat. Sie haben den § 21 des Preßges[etzes] im Auge, der nur von *Fahrlässigkeit* handelt. Der Verleger kann, wenn er nicht als Täter oder Teilnehmer des Täters nach § 20 in betracht kommt, wegen Fahrlässigkeit mit Geldstrafe bis 1000 M[ark] oder mit Haft oder mit Festungshaft oder Gefängnis bis zu 1 Jahr belegt werden. Von diesem Fahrlässigkeits-Delikt wird er

^a *Abschrift*

frei, wenn er *bis zur Verkündung des ersten Urteils* den Herausgeber, der im Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates sich befindet, nachweist oder wenn dieser Strafverfolgungsbescheid bekannt ist.

In Ihrem Falle ist es im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß der Verleger aus § 20 verfolgt wird, wenn es überhaupt zur Einleitung des Strafverfahrens kommt. Der Umstand, daß der Verlag aus eigener Initiative die Verbreitung der Schrift inhibiert hat, verhindert eine solche Verfolgung.

Wenn aber wegen *Fahrlässigkeit* gegen den Verleger eingeschritten werden sollte, dann ist noch immer für Sie Zeit, sich zu melden. Es liegt in einem solchen Falle für Sie gar kein Grund vor, über Kopf und Hals nach Deutschland zu eilen.

Wenn ich für den Fall, daß Sie sich mit dem P.V. über die Herausgabe der Broschüre in *formeller Neuredaktion* nicht verständigen, vorschlug, sie mit *formellen Änderungen*, die Sie selbst concediert haben, im August erscheinen zu lassen, so bestimmten mich dazu folgende Erwägungen:

Die Verjährungsfrist ist abgelaufen; auf die Broschüre in ihrer ursprünglichen Form kann bei der Debatte jeder eingehen, ohne Sie dem Staatsanwalt auszuliefern. Die Broschüre in der abgeänderten Form ist aber selbst für die ängstlichsten Gemüter juristisch unangreifbar, so daß der Meinungsstreit nur über den politischen Inhalt ausgefochten wird.

Selbstverständlich setze ich dabei voraus, daß der Staatsanwalt bis August wegen der bereits verbreiteten Broschüre nicht vorgeht. Das erachte ich nach wie vor trotz der Ungeschicklichkeit des P.V. für wahrscheinlich, wenn nicht Lärm geschlagen wird. Sie und Ihre Freunde haben dies nicht nötig. Wozu Sie einer Gefahr aussetzen, wenn Ihr Wort nach wenigen Monaten genau so wirkt, wie jetzt?

Gewiß ist damit zu rechnen, daß öffentlich gefragt wird, weshalb Ihre Schrift nicht verbreitet wird. Aber sicher ist das nicht. Geschieht es, so wird es Sache des P.V. sein, die Antwort zu erteilen.

Wie der Parteivorstands-Beschluß neulich ausgefallen ist, haben ich bis jetzt nicht erfahren. Ist er nicht von allen guten Geistern verlassen, so müßte er sich schleunig mit Ihnen über die Herausgabe der Broschüre einigen.

Leben Sie wohl, lieber Freund!

Herzlichen Gruß auch von meiner Familie.

Ihr Hugo Haase.

16. CLARA ZETKIN AN KARL KAUTSKY

W[ilhelmshöhe,] 8.3.1909

Liebster Karl,

Vielen Dank für Deine Nachrichten. Ich werde Dir morgen o[der] übermorgen antworten, weil ich augenblicklich nicht nur sehr viel zu thun habe, sondern auch körperlich sehr elend dran bin. Zweck dieser Zeilen ist nur, den Eindruck nicht aufkommen zu lassen – durch Schweigen – als habe ich wegen Deines „Friedensschlusses“ etwas gegen Dich. Ich bin einstweilen noch gar nicht gesonnen, diese Gesellschaft von Tratschen, Idioten u[nd] Jämmerlingen so billig laufen zu lassen. Es handelt sich nicht bloß um Deine Broschüre, sondern um ein *System*, das – wie Figura zeigt – die Menschen völlig korrumpirt, die es praktizieren u[nd] schlimmer noch die ganze Partei korrumpieren würde. Ausserdem ist die Angelegenheit K[ontroll] K[ommission] gegen P.V. u[nd] Angestellte der Buchhandlung „Vorw[ärts]“ nicht erledigt, u[nd] ich werde beide mit aller Schärfe weiter verfolgen. Der Buchhandlung „Vorw[ärts]“ müsstest Du auch Deine anderen Broschüren wegnehmen, sobald die laufende Auflage erschienen ist u[nd] schon jetzt Protest dagegen einlegen, dass Neuauflagen veranstaltet werden. Treibe Dietz, dass Deine Broschüre *sofort* erscheint. Er könnte doch die Auflage des „Vorw[ärts]“ übernehmen.

Seid beide herzlichst in Treue umarmt

Eure alte Clara.

17. KARL KAUTSKY AN DEN SPD-PARTEIVORSTAND^a

Berlin-Friedenau, 9.3.1909

Werte Genossen,

am 2. März wurde ein Beschluß des Vorstands über meinen „Weg zur Macht“ gefaßt,¹ von dem ich heute noch nicht genau verständigt bin. Meine Bitte vom 5.², mir einen *schriftlichen* Bescheid zu geben, hat bis heute keine Antwort gefunden. Das ist eine unerhörte Rücksichtslosigkeit, die sich dem bisherigen Verfahren des Vorstands mir gegenüber würdig anschließt.^b

^a *Konzept*^b Das ist *bis* anschließt *korrigiert aus* Die Kultur, die alle Welt beleckt, hat sich auf den Parteivorstand offenbar noch nicht erstreckt.¹ Vgl. den Brief No 13.² S. den Brief No 14.

Heute habe ich endlich den Bescheid auf dem Umwege über Stuttgart von der Genossin Zetkin erhalten. Er geht danach dahin, daß der Vorstand es ablehnt, die in seinem Verlag erschienene Broschüre freizugeben, mir aber gestattet, sie anderswo herauszugeben, wenn ich eine andere Vorrede schreibe und verschiedene Stellen ändere, in dem Sinne, wie es der Vorstand für gut hält.

Ich erlaube mir, dem Vorstand zu erwidern, daß er mit diesem Beschlusse seine Kompetenzen überschreitet. Ich erkenne dem Vorstand als Verleger vor jedem anderen Verleger das Recht zu, eine Broschüre oder eine sonstige Schrift, die ihm im Manuskript vorliegt, zu prüfen und abzulehnen, wenn er sie nicht für gut oder passend hält, oder dem Verfasser Aenderungen vorzuschlagen.

Eine Schrift, die einmal erschienen ist, ohne Zustimmung des Verfassers zurückziehen, hat er dagegen höchstens dann das Recht, wenn sie die größten Verstöße gegen die Parteigrundsätze oder das Parteiinteresse enthält^a.

Solche Verstöße liegen nicht vor. Die Beschlagnahme meiner Schrift durch den P.V. erschien mir daher unbegründet. Ich wandte mich auf Grund des § 24 des Organ[isations]statuts an die Kontrollkommission, die doch zu dem Zwecke geschaffen ist, um im Falle eines Konflikts zwischen dem Parteivorstand und einem Genossen, diesem zu ermöglichen, zu seinem Recht zu kommen^b.

Hätte sich die Kontrollkommission gegen mich ausgesprochen, dann hätte ich mich gefügt. Die gleiche Verpflichtung für sich erkennt der Vorstand nicht an. Er führt den Spruch der Kontrollkommission nicht aus. Er ist also der Meinung, daß, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Genossen und dem Vorstand entstehen, der erstere rechtlos ist und sich der Autokratie widerspruchslos zu unterwerfen hat.

Aber der Vorstand geht noch weiter als ein Autokrat in seinem neuesten Beschluß: Er will mir vorschreiben, was ich in meinem Buche schreiben soll, das ich in einem anderen Verlag erscheinen lassen will.

Das ist eine Verkennung der Befugnisse des Vorstands, gegen die ich nicht bloß in meinem Interesse sondern in dem der gesamten Schriftstellerschaft der Partei ohne Unterschied der Richtung entschieden Protest einlegen muß. Nach § 23 des Organ[isations] Statuts hat der Vorstand bloß das Recht, zu kontrollieren. Meine Broschüre ist kein

^a Die Passage dagegen höchstens bis enthält ist stark korrigiert. Ursprünglich hatte Kautsky formuliert hat er kein Recht, und ich könnte, wenn ich wollte, den Verlag zwingen, die einmal herausgegebene Schrift weiter zu vertreiben. Ich bin selbstverständlich ein zu guter Parteigenosse, um die Hilfe der Geister gegen den vertragsbrüchigen Parteivorstand anzurufen.

^b Genossen bis kommen korrigiert aus jenem das Anrufen der bürgerlichen Gerichte zu ersparen.

Parteiorgan u[nd] gegen ihre prinzipielle Haltung hat der Vorstand selbst nichts einzuwenden. Der Vorstand mag mein Buch, wenn es erschienen ist, desavouieren und brandmarken, er mag mich meiner Redakteurstellung entsetzen: dazu hat er das Recht, sobald er glaubt, daß das Parteiinteresse solches Vorgehen erfordert. Er hat aber nicht das mindeste Recht, an ein Buch, das ich in einem von ihm unabhängigen Verlag herausgebe, die geringste Anforderung zu stellen.

Dieser Beschluß des Parteivorstands ist nichtig. Ich erkenne ihn nicht an^a. Er steht im Widerspruch zum Organisationsstatut und zum Beschluß der Kontrollkommission. Er ist ein Produkt nacktester Willkür.

Mit Parteigruß

Karl Kautsky.

18. KARL KAUTSKY AN HUGO HAASE

Berlin-Friedenau, 9.3.1909

Lieber Freund Haase,

das wird schon eine Seeschlange an Länge. Ich hatte zu früh triumphiert u[nd] war von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Dietz hatte die Aktion nur im Einvernehmen mit Bebel, ohne Wissen des Vorstands übernommen. Als dieser davon erfuhr, verbot er einfach das Erscheinen in Stuttgart, auf jeden Fall, auch wenn ich die Vorrede schriebe u[nd] Aenderungen vornähme! Was für Berlin, gelte auch für Stuttgart.

Hier spricht nicht mehr das Parteiinteresse, sondern der brutale Herrenstandpunkt, der mich als Kuli betrachtet, dem um keinen Preis sein Recht werden darf.¹

Ich habe dem Vorstand einen geharnischten Brief geschrieben,² in dem ich sein Vorgehen als eine Willkür kennzeichne.

Zuerst hatte ich die Absicht, sofort nach Leipzig zu gehn. Aber für Stuttgart spricht so viel, daß ich doch noch einen Versuch machen möchte.

^a *Hinter an nachträglich gestrichen* und werde ihm nicht Rechnung tragen

¹ Ähnlich schrieb damals (9.3.1909) Kautsky an Victor Adler: „[...] Daß es jetzt zum Krach kommt, erscheint mir unausbleiblich, denn jetzt ist es klar, daß es nicht das Parteiinteresse, oder gar mein Interesse ist, das den Vorstand leitet: da müßte er die Stuttgarter Lösung freudig begrüßen. Nein, es ist der bloße Machtkitzel. Die Knoten wollen den Literaten ihre Macht fühlen lassen, ihm zeigen, daß er blos ihr Kuli ist und zu kuschen hat, wenn sie kommandieren“, V. Adler, Briefwechsel, S. 497.

² S. den Brief No 17.

Der Vorstand lehnte den Beschluß der Kontrollkommission mit der Motivierung ab, er sei nicht in der Lage, den Widerstand der Angestellten des Verlags zu überwinden. Dieses Motiv fällt weg für das Erscheinen in Stuttgart. Damit hat der Vorstand nicht die geringste Ausrede mehr, den Beschluß der Kontrollkommission nicht auszuführen. Lehnt er es auch jetzt noch ab, so liegt klar zu Tage, daß er seine Autokratie durch die K[ontroll] K[ommission] nicht beschränkt sehn will. Ein anderes Motiv gibt es dann nicht mehr. Sind Sie nicht auch der Meinung? Sie würden mir einen großen Gefallen erweisen, wenn Sie von diesem Brief Braun Mitteilung machten, als Mitglied der K[ontroll] K[ommission]. Ich hatte und habe in dieser elenden Affaire so viele Briefe zu schreiben, habe so viel Zeit verloren, die ich nützlicher verwenden konnte, daß ich für jeden Brief dankbar bin, der mir erspart wird.

Dietz wünscht nicht, daß von seinem Vorschlag u[nd] dessen Schicksal gesprochen wird. Er teilte mir das erst gestern Abends mit, nachdem ich schon meine Freunde mit Freude vom Friedensschluß verständigt hatte. Ganz schweigen kann ich also nicht. Aber auf jeden Fall bitte ich, die Kunde nicht weiter zu verbreiten.

Der Vorstand sinkt aber immer tiefer in meiner Achtung, d.h. Bebel sieht ein, daß er durch seine Impulsivität sich zu weit treiben ließ. Die andern aber sehn nichts als die Notwendigkeit, daß der Vorstand im Interesse seines „Ansehns“ einem Schriftsteller nicht sein Recht geben darf. Es sind aufgeblasene beschränkte Parvenus.

Wann und wie die Sache enden wird, ist jetzt gar nicht abzusehen. Und ich habe kein anderes Bedürfnis, als still zu arbeiten! Es kostet mich eine große Überwindung, nicht alles hinzuwerfen, auf alle Parteitätigkeit zu verzichten, um mich ganz auf wissenschaftliche Arbeit zu konzentrieren.

Ich grüße Sie bestens Ihr

K. Kautsky.

Inliegend eine Copie meines Briefes an den Vorstand. Da Dietz nicht wünscht, in den Streit hineingezogen zu werden, habe ich von ihm nicht gesprochen, obwohl sein Fall meiner Argumentation bedeutend mehr Nachdruck gegeben hätte.

19. KARL KAUTSKY AN DEN SPD-VORSTAND^a

9.3.1909

W[erte] G[enossen]!

Ich danke Ihnen für d[ie] rasche Beantw[ortung] meines Briefes u[nd] erkenne gern an, daß hier ein Mißverständnis vorlag. Es ist richtig, daß ich selbst d[em] Vorst[and] anbot, e[ine] neue Vorrede zu schreiben, in der ich erklärte, d[ie] Brosch[üre] drücke nur meine persönl[ichen] Anschauungen aus. Ich war auch bereit, d[en] Passus auf S[eite] 62¹ zu ändern, ev[entuell] auch den Schluß zu streichen, der Gen[osse] Herzfeld² so ängstl[ich] macht, obwohl der Schluß ganz harmlos ist. Aber ich bot diese Konzess[ionen] bloß an für d[en] Fall, daß d[ie] Brosch[üre] im Verl[ag] „Vorw[ärts]“ erscheint. Diese Konzess[ionen] sollten die politi[schen] u[nd] jur[istischen] Bedenken d[es] Vorst[andes] entkräften. Ich halte auch jetzt noch diese Konzess[ionen] aufrecht, für d[en] Fall, daß der P.V. d[ie] Brosch[üre] in seinem Verl[ag] freigibt. Von Konzess[ionen] für d[en] Fall, daß der Vorst[and] dies nicht tut, war nie die Rede. Da aber d[er] Vorst[and] nicht auf diesen Konzess[ionen] besteht, wenn ich an einen anderen Verl[ag] gehe, so ist diese Sache erledigt.

Nun aber noch ei[ne] andere Sache. Ich hatte Gelegenheit, Sonn[abend] u[nd] Sonnt[ag] mit Gen[osse] Dietz über d[ie] Angeleg[enheit] zu reden u[nd] er zeigte sich bereit, vorbehaltlich der Zustimm[ung] des Vorst[andes] die Brosch[üre] in seinem Verl[ag] zu übernehmen, wo ihr nicht die geringste Gefahr droht. Ich war über diesen Ausweg sehr erfreut u[nd] sehr damit einverstanden[en], denn ich nahm an, daß er nicht bloß mich, sond[ern] auch den Vorst[and] aus e[iner] für alle Beteiligten höchst unerquickl[ichen] Situation befreit, da er die Bedenken beseitigt, die d[en] Vorst[and] veranlaßten d[ie] Ausgabe der Schrift durch d[en] Berl[iner] Verlag zu inhibieren. Diese Bedenken waren zweierlei Natur: einmal strafrechtl[ich]. Gen[osse] Dietz ist überzeugt davon, daß in Stuttg[art] keine Gefahr drohe u[nd] diesem alten Praktiker darf man wohl trauen. Das 2. Bedenken war die Rücksicht auf die Vertreter des Berl[iner] Verl[ages], die sich weigerten, die Verantwort[ung] für die Schrift zu übernehmen. Dieses Bedenken war d[er] Grund, warum d[er] Vorst[and] sich außerstande fühlte, wie er der K[ontroll] K[ommission] erklärte, deren Beschluß zur Ausführung zu bringen. Das Bedenken wird hinfällig, sobald sich

^a *Abschrift*¹ S. den Brief No 2.² S. den Brief No 9.

ein Verleger findet, der bereit ist, die Verantwort[ung] zu übernehmen. Die Annahme des D[ietz]schen Vorschlags beseitigte daher den Konflikt mit der K[ontroll] K[ommission], der, wenn er nicht geschlichtet wird, notwendigerweise zur Austrag[ung] der Affaire vor der Öffentl[ichkeit] führt, was sehr bedenklich[e] Konsequenzen hätte. Die Annahme dieses Vorschlags befreite auch den Vorst[and] von dem irrigen Verdacht, daß er aus opport[unistischen] Rücksichten den Parteizensor spielen wolle. Er bot die Brücke, eine Affaire schmerzlos aus der Welt zu schaffen, deren Fortdauer sehr unangenehme Konflikte, ja Katastrophen für alle Beteil[igten] mit sich bringen kann – ich erinnere nur an die Mögl[ichkeit] eines Prozesses gegen mich, in dem der Vorst[and] als Kronzeuge des Staatsanwaltes figuriert. Ich nehme daher an, der Vorst[and] werde den Dietzschens Vorschl[ag] als e[ine] ebenso zweckmäßige wie ehrenvolle Lösung einer höchst verzwickten Situat[ion], e[ine] Lösung, bei der es weder Sieger noch Besiegte gibt, acceptieren. Es wäre für mich von großem Wert zu erfahren, wie der Vorst[and] darüber denkt.

Mit Parteigruß

Karl Kautsky.

20. HUGO HAASE AN KARL KAUTSKY

Königsberg, 9.3.1909

Lieber Freund Kautsky,

des Herren Wege sind dunkel. Wenn ich doch irgend wo ein Fünkchen Licht entdeckte! Was mag sich nur im Kopf des P.V. abgespielt haben, als in ihm der geniale Gedanke aufblitzte, die Schrift in Stuttgart, aber nicht in Berlin, erscheinen zu lassen? Ein Sinn könnte in dieser Transaktion nur dann sein, wenn [Richard] Fischer definitiv die Übernahme der preßgesetzlichen Verantwortlichkeit abgelehnt und den Vorstand dadurch in die Zwangslage gebracht hätte, einen andern Verleger zu suchen. Dahinter soll wohl aber höhere Diplomatie stecken, für die mir jedes Verständnis abgeht.

Ich fühle mich geneigt, in ein homerisches Gelächter auszubrechen, wenn ich an diesen Ausgang der Affaire denke, aber das traurige Bewußtsein, daß dergleichen überhaupt hat passieren können, lastet noch zu schwer auf mir. Freuen kann ich mich nur darüber, daß Sie in verhältnismäßig kurzer Zeit einen vollen Sieg errungen haben. Meine Frau und ich drücken Ihnen wie Ihrer lieben Frau, der wir herzlich für ihre freundlichen Worte danken, innig die Hand.

Mich treibt es jetzt nach Berlin. Hätte mich nicht die letzten 2 Wochen eine Influenza gepackt, von der ich mich übrigens zu erholen

beginne, so hätte ich es wohl hier auch nicht ausgehalten. Ob ich vor dem Monat Mai noch dorthin kommen werde, ist zweifelhaft. Sicher ist, daß ich Sie besuche, wann ich auch immer in Berlin sein werde.

Mit Sorge sehe ich auf den P.V., der in verhängnisvoller Weise fremden Einflüssen zugänglich ist, die ihn in ein ruhiges, sanftes Fahrwasser zu drängen suchen. Sein Verhalten in der Maifeier-Frage und bei der Jugendorganisation mußte ernste Bedenken erregen. Und der letzte Streich erfüllt mich mit der tiefsten Traurigkeit. Wie Abhilfe schaffen? Ich sehe im Augenblick keinen Weg.

Meinen zweiten Brief nach Wien, den ich an Ihre dortige Wohnung richtete, haben Sie wohl in Friedenau erhalten. Sein Inhalt ist durch die Ereignisse überholt. Sollte er nicht in Ihren Besitz gelangt sein, so schadet es also nichts. Verloren dürfte er nicht gehen, da ich mich auf dem Couvert als Absender vermerkt habe.¹

Leben Sie wohl, mein lieber Freund. Einen herzlichen Gruß von Haus zu Haus. In Treue

Ihr Hugo Haase.

21. CLARA ZETKIN AN KARL KAUTSKY

W[ilhelmshöhe,] 10.3.1909

Liebster Karl,

Deine Mittheilung hat mich nicht überrascht. Ich kenne diese kleinen Leute aus der Nähe u[nd] weiss, dass je schwächer und ohnmächtiger sie sind, etwas Gutes zu schaffen, um so dickköpfiger verbeissen sie sich in die Möglichkeit Gutes zu hindern u[nd] Böses zu stiften. Du siehst, wie Recht ich hatte, als ich schrieb, dass man denen nur mit dem ausgesprochenen Willen kommen dürfe, ihnen den Daumen aufs Auge u[nd] das Knie auf die Brust zu setzen.

Diese Leute haben weder für Anstand noch Klugheit Verständniss, schwach im Geiste, schwach im Charakter hat ihre Stellung sie grössenwahnsinnig gemacht. Sie meinen, dass thatsächlich Nullen etwas bedeuten, weil die Idee Partei davor steht. Mit ihrer Kleinlichkeit u[nd] Gemeinheit fertig zu werden, gibt es nur ein Mittel: den Zwang u[nd] das ist in unserem Fall die Oeffentlichkeit, die Gesamtpartei.

Gewiss erachte ich einen Antrag der K[ontroll] K[ommission] in Deinem Sinne für nothwendig, stelle auch Braun u[nd] Koenen einen solchen zu, den sie hoffentlich unterzeichnen. *Ich rathe Dir aber drin-*

¹ Es folgen allgemeine hier nicht interessierende Bemerkungen über eine Debatte zur Agrarfrage.

gend, das Ergebnis nicht abzuwarten, sondern sofort nach Leipzig zu gehen.

Je eher das Erscheinen der Broschüre gesichert ist, um so besser. M[eines] E[rachtens] sollte Dietz sich an den Beschluss des P.V. *nicht* kehren, sondern die Broschüre ruhig herausgeben u[nd] Weiteres abwarten.

Am 8. schrieb mir Geck: „In der K[autsky] Broschüre hatte Dietz mit Singer am Freitag eine Unterredung; Paulus [Singer] meinte, der Vorstand habe jetzt nachgegeben, aber weiter könne nicht gegangen werden wegen der Buchhandlung. Hué¹ behandelte am selbigen Tag die Sache am Mittagstisch überaus laut; die Broschüre dürfe nicht eingestampft werden, sie enthalte doch nichts, als was der Kautsky den Leuten immer auf den Parteitagen voran gemalt habe.“ Wir können daraus 2erlei sehen: 1) dass die „diskrete“ Angelegenheit ganz publik ist; 2) dass der P.V. in seinem weiteren Widerstand offenbar geschoben wird u[nd] zwar von der „Buchhandlung“, alias Fischer. Um so weniger Grund für uns, zart u[nd] rücksichtsvoll zu sein. Nöthigen Falls sollten wir alle solidarisch unsere Aemter als Redakteure, Mitarbeiter u[nd] Parteilehrer niederlegen. Die Partei muss erfahren, „wie sie regiert wird“, wie ich dies Dietz schrieb, der klüger als sie alle ist und daher auch anständig sein kann, nur sollte er stark bleiben u[nd] dem P.V. mit Götz von Berlichingen antworten.

Dein Brief an den P.V. ist ganz famos. Ich bin begierig auf die Antwort.

Seid alle herzlich geküsst

Deine teure Clara.

August wartet in der Rolle des Zauberlehrlings, was er gesäet hat. Dietz sollte keinesfalls nachgeben, sondern ruhig den Druck der Broschüre verfügen, nicht er bricht die Disziplin, das thut der P.V., der sich weigert, die Beschlüsse der K[ontroll] K[ommission] auszuführen.

22. CLARA ZETKIN AN KARL KAUTSKY

W[ilhelmshöhe,] 11.3.1909

Liebster Karl,

Noch einige Bemerkungen:

Die letzten Vorgänge erweisen, wie falsch Deine Taktik war, Dich mit den Leuten des P.V. überhaupt auf Verhandlungen einzulassen. Nachdem der Beschluss der K[ontroll] K[ommission] gefallen war

¹ Otto Hué, Redakteur der Bergarbeiter-Zeitung und führender Kopf des Bergarbeiterverbandes, galt als besondere Stütze des rechten Parteiflügels.

u[nd] der P.V. darauf erklärt hatte: „gibt's nicht“, hättest Du sofort nach Leipzig fahren sollen, damit die Broschüre heute schon gedruckt vorläge. Ich sage Dir das nicht, um in dieser Situation an Dir zu kritteln, sondern um Dich eindringlichst zu warnen, von dem Standpunkt u[nd] der Erklärung Deines Briefes an den P.V. auch nur um Haaresbreite abzuweichen u[nd] mit den Leuten neuerlich zu verhandeln, statt *sofort* in Leipzig das Erscheinen der Broschüre zu sichern. Das vorausgesetzt, dass Dietz sich von dem P.V. als Schuhputzer behandeln lässt u[nd] thatsächlich auf die Neuausgabe verzichtet. In diesem Falle genügt die „Honorigkeit“ allein nicht, da bedarf es vor allem des Muthes u[nd] der Kraft. – Auf alle Anträge, Anfragen bei Kaden in Sachen der K[ontroll] K[ommission] ist bis heute keine Antwort da. Kaden scheint – entgegen des Beschlusses der K[ontroll] K[ommission] in der Sache solidarisch zu handeln – seine persönliche Meinung über sein Amt als unser Vorsitzender zu stellen, der das Recht der K[ontroll] K[ommission] gegen die Willkür des P.V. zu wahren hat. Auf alle Fälle bedeutet der Instanzenweg endlose Verschleppung. Und es gilt gar keine Zeit zu verlieren. Ich glaube, der P.V. will zum mindesten die Sache so lange hinaus ziehen, dass das Interval zwischen dem Erscheinen der Broschüre u[nd] dem Parteitag so kurz als möglich ist. Damit erreicht er 3erlei: 1) geringere Verbreitung, d.h. Selbsturtheil der Delegierten, [2]) geringere Besprechung [und] Abdruck in der Presse, 3) dass noch nicht genügend Zeit verstrichen ist, um die Hinfälligkeit der juristischen Bedenken zu erweisen. Auf das letztere kommt es ihm wahrscheinlich besonders an, Vielen wird er dann den Mund damit stopfen, dass er erklärt: „Ihr dürft u[nd] könnt im Parteiinteresse die Angelegenheit nicht erörtern, denn Ihr provozirt damit nur den Staatsanwalt.“ Und wie ich unsere Genossen kenne, kriechen viele auf diesen Leim. Die Broschüre muss sofort in die Oeffentlichkeit, damit bis zum Parteitag die Grundlosigkeit der Aktion des P.V. u[nd] damit ihre Idiotenhaftigkeit erwiesen ist. Uebrigens würde es mich nicht wundern, wenn nach dem Drum u[nd] Dran der Staatsanwalt wirklich einschritte. Sicherlich sind unsere Gegner durch die journalistisch-revisionistischen Beziehungen von allem unterrichtet, u[nd] dass dann Spitzel die Sache weiter tragen, bis zu den Behörden, ist klar. Es gibt auch Leute, die Fischer eine Denunziation zutrauen! Vielleicht gehen sie zuweit, aber es ist bezeichnend, dass in B[erlin] überhaupt solche Aeusserungen fallen können.

Seid herzlichst umarmt

Eure Clara.

23. KARL KAUTSKY AN DEN SPD-PARTEIVORSTAND^a

12.3.1909

W[erte] G[enossen],

Ich mache den Vorstand aufmerksam auf den Leitartikel der Kons[ervativen] Korr[espondenz] vom 9.3. u[nd] auf d[ie] Notiz: Gen[osse] K[arl] K[autsky] im gestr[igen] Abendbl[att] der Berl[iner] N[eu]esten Nachr[ichten]. Hier wie dort wird mein „Weg“ behandelt, in den B[erliner] N[eu]esten N[achrichten] über eine Sitz[un]g des Berl[iner] Akt[ions] ausschusses vom 29. Jan[uar] berichtet. Natürl[ich] wird die Partei weg[en] des Versteckspiels gehöhnt, das sie mit der Brosch[üre] treibt. Daß diese jetzt heraus muß, soll sich die Partei nicht mehr äuß[erlich] lächerlich machen, wird wohl auch der Vorstand einsehen. Die Frage ist bloß noch wo die Schrift erscheinen soll. Am einfachsten u[nd] zweckmäßigsten wäre es, sie in Berlin freizugeben. Lehnt das der Vorst[and] immer noch, trotz der neuen Situation ab, dann steht ihm nur noch über den Erscheinungsort ein Entscheidungsrecht zu. Von ihm hängt es ab, ob die Brosch[üre] in Stuttg[art] erscheint oder in Leipzig, auf dem für uns alle günstigsten oder auf dem brenzlichsten Boden, ob möglichst unauffällig oder möglichst auffällig.

Schneidet mir der Vorst[and] den günst[igen,] unauffäll[igen] Weg ab, so kann ichs nicht ändern. Die Verantwort[ung] vor der Kontr[oll] Kom[mission] u[nd] viell[eicht] auch vor der Öffentl[ichkeit] habe dann nicht ich zu trag[en]. Man wird nicht den Vorw[urf] geg[en] mich erheben können, daß ich leichtfertig nach Leipz[ig] gegangen bin. Auf jed[en] Fall aber muß ich *dringendst* um *sofort[igen]* Bescheid bitten. Habe ich bis morgen 13. keine Antw[ort] des Vorst[andes] in Händen, so betrachte ich das als eine definitive Ablehn[ung] des Erscheinens in Stuttg[art] u[nd] gehe nach Leipzig.

M[it] P[arteigruß]

K. K[autsky].

24. CLARA ZETKIN AN KARL KAUTSKY

W[ilhelmshöhe,] 14.3.1909

Liebster Karl,

Es beunruhigt mich, dass ich so lange ohne Nachricht bin. Rückt die Geschichte auch bei Euch so langsam vorwärts, als ob „die Parteiinstanzen ordnungsgemäß“ etwas erledigen, wie das z.B. von unseren Anträgen in Sachen der K[ontroll] K[ommission] gilt.

^a *Abschrift*

Wie recht mein Eindruck ist, der P.V. wolle die Sache verschleppen u[nd] vor allem verhindern, dass sie in die Oeffentlichkeit, bezw. vor den Parteitag kommt, gleichzeitig aber die „Radikalen“ selbst in der Behandlung der Frage spalten, dafür ein Beispiel. Luise Zietz schreibt mir: „Mit der K[autsky] Broschüre steht momentan die Sache recht schlimm. Die Polizeinachrichten mehrten sich, die auf K[autsky] als den Ausländer verweisen. Stimmt K[autsky] nicht zu, dass die Veröffentlichung 6 Monate verschoben wird, so wird er, das befürchte ich stark, am längsten in Deutschland gewirkt haben.“ Um mit den Franzosen zu reden: man sieht von hier den Bindfaden, der diesen Hanswurst agieren lässt. Aber dass sogar ein so gescheuerer [!] Mensch wie Luise Zietz auf den Blödsinn hineinfällt, ist traurig, um nicht zu sagen empörend. Ich weiss nicht, ist sie so naiv oder so begierig, einen Vorwand zu finden, der ihr das Umfallen in den Sumpf der Einsichtslosigkeit u[nd] Feigheit erlaubt, in dem die anderen hocken.

Die Denunziationen des Ausländers K[autsky] sind noch nie abgerissen, u[nd] dass das Erscheinen der Broschüre auf den Drang der Regierung Einfluss habe, sich durch eine Ausweisung zu blamieren: ist genau so weise[?] als eine Entscheidung hinausschieben, weil der Mond auf die Erde fallen könne. Doch ist nichts dumm genug, als dass der P.V. in seiner Verlegenheit sich seiner bediente. Mir ist von dieser Geschichte so übel, wie noch nie im Leben. Nicht blos, weil so tiefe sachliche Gegensätze zu Tage treten, dass ich mich frage: ist unter solchen Umständen sachlich ein weiteres Zusammenwirken möglich, sondern auch weil rein menschlich ein solches Bouquet von „Tugenden“ zum Himmel stinkt, dass ich am liebsten in eine Wüste gehen möchte, um Busse für die Schmach zu thun, unter solcher Gesellschaft gelebt u[nd] gewebt zu haben.

Seid herzlichst umarmt

Eure teure Clara

[?] hat als Doktor promovirt. Natürlich schreibe ich G[enosse] Dietz meine Meinung.

25. KARL KAUTSKY AN HUGO HAASE

Berlin-Friedenau, 15.3.1909

Lieber Freund Haase,

eine neue Wendung, nicht durch Gottes aber vielleicht durch Ihre Fügung!

Der Vorstand erklärt sich bereit, meinen Weg herauszugeben, im Berliner Verlag, unter den Bedingungen, die ich ihm selbst angeboten,

ehe ich an die Kontrollkommission ging: eine neue Auflage mit neuer Vorrede u[nd] Aenderung einiger Stellen.

Natürlich hatte ich diese Situation zu acceptiren. Aber damit sind die Schwierigkeiten noch nicht zu Ende. Einmal: wie soll die neue Vorrede lauten? Dann, welche Stellen sind zu ändern? Ich habe erklärt, nur juristische Bedenken zu berücksichtigen, nicht politische. Nur Aenderungen anzuerkennen, die *Sie* für nötig halten. Es gibt Juristen, die gern unglaubliche Gutachten abgeben. So monirt Herzfeld, am gefährlichsten in der Broschüre sei der Schlußsatz: Glücklich etc das sei eine direkte Aufforderung zur Revolution.¹ Die Angst macht verückt. Dann aber kommt die Frage in Betracht, ob die neue Auflage jetzt erscheinen soll oder im August. Da spricht so viel für und wider, daß ich zu keinem Entschluß kommen möchte, ehe ich mit Ihnen die Sache reiflich erwogen u[nd] nach allen Seiten durchspröchen habe. Schriftlich ist das unmöglich.

Als neue Momente kommen in Betracht die Hetze in der bürgerlichen Presse gegen mich: einen Beleg aus vielen lege ich bei, einen Ausschnitt aus den Leipziger Neuesten Nachrichten. Die Berliner N[eu]esten N[achrichten], Staatsanzeigerzeitung, Konservative Korrespondenz schreiben ähnlich.

Dann aber kommt in Betracht die Tatsache, daß eine holländische, italienische, polnische, russische Übersetzung binnen weniger Wochen erscheint,² jede nach der ersten Ausgabe.

Wie gesagt, über alle diese Faktoren sich klar zu werden und darüber, wie ich die Rücksichten auf meine Sicherheit mit denen auf mein politisches Ansehn u[nd] das Interesse der Partei am besten vereinbare, wobei natürlich die letzteren in erster Linie, die ersteren in letzter zu stehn hätten – das alles kann nur durch eine umfassende mündliche Aussprache erreicht werden.

Der Vorstand hat mir bereits zugesagt, er werde Sie bitten, herzukommen, wenn ich es wünsche. Wären Sie bereit dazu und bald? Ich weiß, ich verlange viel von Ihnen, Ihre Zeit ist kostbar, Ihre Gesundheit vielleicht vom Influenzaanfall her noch nicht ganz erholt.

Aber ich lege solchen Wert gerade auf Ihr Urteil, daß ich Sie doch bitte, herzukommen, *wenn Ihr Gesundheitszustand und Ihre Arbeiten kein Veto einlegen*.

Können Sie nicht kommen, so weiß ich, daß sehr triftige Gründe Sie abhalten, denn Ihre Hilfsbereitschaft habe ich in letzter Zeit in ausgiebigster Weise erfahren.

¹ S. den Brief No 9.

² Für die verschiedenen Übersetzungen von Kautskys „Weg“ s. W. Blumenberg, Karl Kautskys literarisches Werk. Eine bibliographische Übersicht, 's-Gravenhage 1960, No 1052.

Auf jeden Fall bitte ich um baldige Benachrichtigung, ob es Ihnen möglich ist, mir auch noch diesen größten Freundschaftsdienst zu erweisen, da die Zeit drängt u[nd] ich mich bald entscheiden muß. Mit bestem Dank für Ihre freundschaftliche Hilfe und herzlichsten Grüßen an Sie und die Ihren

Ihr getreuer

K. Kautsky.

26. HUGO HAASE AN KARL KAUTSKY

Königsberg, 16.3.1909

Mein lieber Kautsky,

endlich scheint der Vorstand in corpore einzusehen, wie recht er daran getan hätte, wenn er sofort auf Ihren Vorschlag eingegangen wäre. Da vielleicht mein persönliches Eingreifen die definitive EntschlieÙung fördern kann, so bin ich bereit, nach Berlin zu kommen. Ich will in den nächsten Tagen die dringendsten Geschäfte hier erledigen, insbesondere den sog[enannten] Memeler Landfriedensbruch-ProzeÙ vorbereiten, und gedenke Sonnabend, den 20. d[es] M[ona]ts, in Berlin einzutreffen. Ich begeben mich zunächst zu Ihnen und werde ungefähr um 10 Uhr vormittags bei Ihnen sein.

Auf frohes Wiedersehen!

Ihr Hugo Haase.

27. CLARA ZETKIN AN KARL KAUTSKY

Wilhelmshöhe, 16.3.1909

Lieber Karl,

Worte u[nd] Thatsachen scheinen für Dich ihren Sinn verloren zu haben, wenn Du dieses Techtelmechtel einen „Sieg“ nennst. Es ist eine glatte Kapitulation. Thatsächlich erreicht der P.V. alles, was er um der Gunst der Revisionisten halber erreichen wollte. Nämlich 1) die Grundauffassung der Broschüre, dass wir nicht in den Zukunftsstaat hineinwachsen, sondern in revolutionärem Kampfe die politische Macht erobern müssen, wird als Deine persönliche Meinung ausserhalb der Partei verbannt, ja offiziell als die der Partei abgeschworen; 2) die Aenderung verschiedener Stellen, die er gemäss seiner juristischen u[nd] politischen Angstmeierei begehrte. Angesichts dieser Aenderungen erscheint übrigens das Vorwort mit seiner Erklärung, dass die Broschüre nur der Ausdruck Deiner persönlichen Auffassung sei, als

grausame demüthigende Selbstverhöhnung, die der P.V. Dir zumuthet. Tant de bruit pour une omelette! Lohnte es des Kampfes, lohnte es meinerseits der Zeit, der Energie u[nd] ich darf bei meinem Befinden ohne Uebertreibung sagen des Herzbluts, um zu diesem Resultat der Jämmerlichkeit zu kommen, die sich nicht mehr als ein Austrag politischer Gegensätze charakterisirt, sondern als das alte kleinbürgerliche Idyll: „sie sitzen so friedlich beisammen u[nd] haben einander so lieb!“ Deine Korrespondenz mit dem P.V. ist – abgesehen von dem einen Brief vom 9. III¹ weiter nichts als ein stetes Techtelmechteln u[nd] Werben um die Vergünstigung, doch umfallen zu dürfen. Zum Teufel auch, ist es Deine Sache in dieser Situation den P.V. vor einem Konflikt mit der K[ontroll] K[ommission] u[nd] ihren Folgen zu bewahren! Im Interesse der Sanirung unseres Parteilebens konnte es sich nur um eins handeln: darauf bedacht zu sein, dass der P.V. in der Oeffentlichkeit die Prügel bekam, die er für seine schmäbliche Haltung wirklich verdiente. Es war das einzige Mittel, ihn im Interesse der Partei vor verschlimmter Revidivirung [!] zu bewahren. Ob Deine Broschüre im „Vorwärts“ oder in Buxtehude erschien, war gleichgültig. Alles kam darauf an, dass sie unverändert erschien, so daß die Gesamtpartei über sie u[nd] damit über den P.V. urtheilen konnte. Du hast von anfang an bis jetzt die ganze Angelegenheit lediglich unter dem engen Gesichtswinkel des Erscheinens Deiner Broschüre im V[orwärts] Verlag u[nd] Deiner frommen Stellung zu den Vätern betrachtet, statt unter dem weiteren der gesammten Parteientwicklung. So kapitulirst Du u[nd] schlimmer noch: durch Deine Kapitulation fällst Du denen in den Rücken, die die Situation im Interesse der Gesamtpartei nützen wollten. Uebrigens bist Du betreffs des Beschlusses der K[ontroll] K[ommission] im Irrthum. Die [Kontroll] K[ommission] hat keineswegs beschlossen, daß der V[orwärts] Verlag verpflichtet sein solle, Deine geänderte und durch Vorwort desinfizierte Broschüre herauszugeben, sondern der Beschluss hat sich auf Deine Broschüre bezogen, so wie sie uns vorlag. Doch genug: es ist schade um jedes Wort in dieser traurigen Angelegenheit. Thue, was Du nicht lassen kannst. Ich werde unbekümmert um Deine Entscheidungen das Gleiche thun. Ich bitte Dich nur um eins: verschone mich mit weiteren Mittheilungen zu diesem Kapitel. Das ist mein letztes *privates* Wort dazu.

Euer Glück über das Abiturium freut mich von Herzen. Wir nehmen innig Theil daran. Beste Grüsse

Clara.

¹ S. den Brief No 17.

28. HUGO HAASE AN KARL KAUTSKY

Königsberg, 18.3.1909

Lieber Genosse Kautsky,

sehr erhebend ist es nicht, sich am 18. März¹ damit beschäftigen zu müssen, ob innerhalb der deutschen Sozialdemokratie noch von der „Erwartung der proletarischen Revolution“ gesprochen werden darf. Aber ich spüre gar keine Neigung, mich auf den quietistischen Standpunkt zurückzuziehen. Ich bin im Gegenteil kampflustig, wenn ich auch der Einsicht mich nicht verschließen kann, daß augenblicklich der Friedensschluß geboten ist. Wie ein Teil Ihrer Freunde in Ihrer Bereitwilligkeit, dem P.V. aus der Patsche zu helfen, eine unsägliche Blamage der Partei vor aller Welt zu verhüten und dem aufmerksam gemachten Staatsanwalt auszuweichen, eine schimpfliche Kapitulation auf Ihrer Seite erblicken kann, ist mir nicht verständlich.

Sie geben sachlich nichts preis; der P.V. bietet Ihnen das, was Sie anfangs gefordert haben. Sie unterwerfen sich nicht einem „Beschuß“ des P.V., sondern Sie helfen dem P.V. aus einer verfahrenen Situation. So betrachte ich die Sache. Mündlich ausführlicher!

Meine Reise habe ich um einen Zug verschieben müssen; ich kann erst Sonnabend von hier abfahren. Ich bin bestimmt *Sonntag* vormittags zwischen 10 und 11 Uhr bei Ihnen.

Mit herzlichem Gruß von Haus zu Haus bin ich

Ihr Hugo Haase.

¹ Gemeint ist der 18. März als Gedenktag des Berliner Barrikadenkampfes von 1848.